KAIS.WILH.-BIBL.POSEN.
24 JUN 1910

— Neunzehnter Jahrgang. —

**Nr. 24.**

# Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 10. bis 16. Juni 1910.

**Posen, den 21. Juni 1910.**

## Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 131 des Kurjer Poznański (Posen) vom 10. Juni 1910:

### Die Polen für die Erhöhung der Zivilliste.

In der Budgetkommission des Hauses der Abgeordneten des preußischen Landtages wurde gestern der Antrag der Regierung auf Erhöhung der Zivilliste Seiner Majestät des Königs angenommen. Die Vertreter der polnischen Fraktion stimmten für die Erhöhung, indem sie erklärten, daß die Polen die gegen die Polen gerichtete preußische Politik verdammen, dennoch aber, da die Erhöhung der Zivilliste begründet ist (?), dem Könige geben, was des Königs ist.

Wir wissen bis jetzt nicht sicher, wer von den Abgeordneten in der Kommission „dem Könige gegeben hat, was des Königs ist" und wir wissen nicht, ob er seine unglückliche Erklärung im Namen der Fraktion abgegeben hat. Dagegen wissen wir aber, daß die Volksgesamtheit sich nicht mit diesem Akte solidarisch erklärt, der in den heutigen Zeiten des höchsten Loyalismus uns direkt verletzt. Die Situation rettet bei dem allen die Wendung „dem Könige zu geben, was des Königs ist" — das Pathetische dieser Worte wirkt so entwaffnend, daß es trotz allem schwer ist, sich eines nachsichtigen, wenn auch bitteren Lächelns zu enthalten. Trotzdem können wir es uns nicht versagen, den betreffenden Abgeordneten darauf aufmerksam zu machen, sich nicht in einen so schreienden Gegensatz nicht nur zu seinen Wählern, sondern zur ganzen Volksgesamtheit zu stellen; es kann nämlich leicht der Fall eintreten, daß bei den nächsten Wahlen die Wähler dem Abgeordneten, der so schnell dabei war, dem Könige zu geben, was des Königs ist, mit gleicher Münze zahlen und „dem Abgeordneten geben werden, was des Abgeordneten ist".

Die polnische Fraktion hätte wirklich besser getan, sich den Kommissionssitzungen fernzuhalten, in denen sie nichts ändern kann und die uns übrigens herzlich wenig angehen, sie hätte ihre auch so schon schwachen Kräfte nicht vergeuden, dafür aber solchen Sitzungen mehr Aufmerksamkeit schenken sollen, in welchen für uns so wichtige Sachen besprochen wurden, wie zum Beispiel die Tätigkeit der russischen Polizeiagenten. In dieser Landtagssitzung war nur ein einziger polnischer Abgeordneter anwesend.

Zum Schluß geben wir der Überzeugung Ausdruck, daß vor den Parlamentsberatungen die Überlegung die Oberhand gewinnen und deshalb die polnische Fraktion keinerlei Erklärungen mehr abgeben wird, die die preußische gegen die Polen gerichtete Politik verdammen, daß sie dafür aber entsprechend dem Gefühl unserer Würde und dem ausdrücklichen Willen der polnischen Volksgesamtheit im Plenum des Landtages gegen die Erhöhung der Zivilliste stimmen wird.

---

Aus Nr. 132 des Dziennik Poznański (Posen) vom 11. Juni 1910:

Wie man voraussehen konnte, hat die Haltung der polnischen Fraktion in Sachen der Erhöhung der Zivilliste des preußischen Königs in der hiesigen nationaldemokratischen und Volkspresse energische Proteste hervorgerufen. Natürlich ist nach Ansicht dieser Presse die „Gesamtheit der Nation" gegen das Stimmen der Fraktion für Erhöhung der Zivilliste. Man muß bemerken, daß „die Gesamtheit" eine ziemlich unbestimmte Bezeichnung ist. „Die Gesamtheit" bilden wahrscheinlich die Leser des Kurjer Poznanski und jener Zeitungen, die sich gegen die Haltung der polnischen Fraktion in dieser Angelegenheit erklärt haben. Aber in einem solchen Falle genügt es, daran zu erinnern, daß die Mehrheit der Landtagsfraktion Politiker bilden, die mit ihren Ansichten der Nationaldemokratie nahe stehen. Allerdings hat eine Zeitung dieser Partei gestern der Vermutung Ausdruck gegeben, daß das polnische Mitglied der Budgetkommission die Erklärung der Fraktion in Sachen der Zivilliste auf eigene Faust und auf eigene Verantwortung hin abgegeben hat, aber diese Vermutung erweist sich als nichtig gegenüber der gestrigen Erklärung des Vorsitzenden der Fraktion, daß die polnischen Abgeordneten für die Zivilliste stimmen würden. Es war also der Beschluß der ganzen Fraktion. Wir gehen an dieser Stelle nicht näher darauf ein, ob dieser oder ein anderer Beschluß der Fraktion angebracht gewesen wäre. Wir sind indessen der Ansicht, daß die Fraktion alle Bedingungen, das „Für und Wider" gewissenhaft geprüft hat und auf Grund dieser Prüfungen zu ihrem Beschluß gelangt ist, der schließlich, unserer Ansicht nach, wieder keine so ungeheure politische Wichtigkeit besitzt, daß er die Mobilisierung der „Gesamtheit der Nation" gegen ihre Vertreter in der gesetzgebenden Körperschaft rechtfertigt.

---

Aus Nr. 132 des Kurjer Poznański (Posen) vom 11. Juni 1910:

### Die Polen bewilligen die Zivilliste.

In diesem Artikel heißt es unter anderem:

„Unsere Ansicht über die Haltung des Vertreters der Fraktion in der Budgetkommission in dieser An-

gelegenheit haben wir bereits gestern ausgesprochen. Nach Abgabe der Erklärung durch den Abgeordneten Geistlichen Jazdzewski vor dem Plenum des Hauses können wir dies alles nur aufrecht erhalten und nur noch um so mehr unser tiefes Bedauern zum Ausdruck bringen.

Herr Prälat Jazdzewski hat es nicht verstanden, aus seiner langjährigen parlamentarischen Praxis und aus den bitteren und traurigen Erfahrungen, die er besonders während der Versöhnungsära gemacht hat, die richtigen Schlüsse zu ziehen. Wenn sich Herr Prälat Jazdzewski in seiner Erklärung der Täuschung hingibt, daß wir für den Preis des Stimmens der Polen für die Zivilliste irgendwelche, wenn auch nur geringe Vorteile erzielen werden, dann gibt er sich derselben Täuschung hin, wie während der Versöhnungsära. Die antipolnische Politik Preußens beruht natürlich nicht auf irgend einem „Mißverständnis" zwischen uns und der Krone, sie ist nicht eine Strafe für eine solche oder andere Stellungnahme der Unsrigen gegenüber dem Staate, sondern die antipolnische Politik ist im vollen Sinne des Wortes eine Politik, die darauf hinzielt, uns im Interesse der Staatsraison zu bekämpfen.

Wenn wir also für dies oder jenes stimmen werden, so wird dies in nichts die Politik der Regierung uns gegenüber ändern, weil diese Politik weiter blickt, über unsere Abstimmung im Landtage oder im Reichstage hinaus.

Wenn also eine deratige Abstimmung unserer Abgeordneten uns keinerlei Vorteile bringt, so wird sie unzweifelhaft innerhalb der Volksgesamtheit Schaden anrichten. Hierüber brauchen wir uns wohl nicht ausführlicher auszulassen.

Herr Prälat Jazdzewski hat in seiner Erklärung erwähnt, daß die Fraktion die Erhöhung der Zivilliste u. a. mit Rücksicht auf die Ausgaben für die Beamten und auf die Förderung der Kunst unterstütze. Demgegenüber erinnern wir daran, daß wir keine besoldeten königlichen Beamten haben, und was die Förderung der Kunst anbetrifft, so erinnern wir daran, daß die Krone u. a. aus der eigenen Schatulle dem Posener deutschen Theater eine jährliche Subvention von 30 000 ℳ gewährt und was dieses Theater uns gegenüber bedeutet, das wissen wir nur allzugut. Wir helfen also die Peitsche für die eigene Haut zu drehen.

Kaum haben nach der Finanzreform die Gemüter sich zu beruhigen begonnen, kommt eine neue Affäre, welche die Gemüter aufs neue empört. Hat es sich denn gelohnt, ohne Aussicht auf Vorteile für uns, neuen Zündstoff unter die Volksgesamtheit zu schleudern? Wenn die Fraktion nicht direkt gegen die Erhöhung der Liste stimmen wollte, wäre es nicht besser gewesen, sich überhaupt jeglicher Erklärung und Abstimmung zu enthalten? Da die Fraktion so häufig bei wichtigen Angelegenheiten durch Abwesenheit geglänzt hat, so konnte sie auch diesmal das gleiche tun; dann hätte sie sich nicht zur Volksgesamtheit in Gegensatz gestellt und in ihrem Schoße keine neue Spannung hervorgerufen.

---

Von unseren Zeitungen haben bis jetzt Dziennik Berlinski, Dziennik Kujawski, Dziennik Bydgoski, Gazeta Polska, Lech und Gazeta Torunska mit scharfen Worten die Erklärung des Prälaten Jazdzewski und die Haltung der Fraktion verdammt.

---

Aus Nr. 70 der Gazeta Krotoszyńska (Krotoschin) vom 12. Juni 1910:

### Eine neue Blamage.

In diesem Artikel heißt es unter anderem:

„Waren unsere Landtagsabgeordneten wirklich der Ansicht, daß diese Erklärung auf die Regierung auch nur den geringsten Eindruck machen würde? Dies kann doch nicht der Fall sein. Wir erklären uns das Verhalten der Landtagsfraktion nur durch den übermächtigen Einfluß einiger ewig unverbesserlicher Konservativen, die trotz so vieler Niederlagen und Blamagen noch immer von der Versöhnung träumen und nicht verstehen wollen, daß das Ausrottungssystem sich trotz aller dienerhaften Sprünge nicht um ein Jota ändern wird. Das grenzt schon dicht daran, daß man sich zur Zielscheibe des gegnerischen Spottes macht. Und wenn die Fraktion schon nichts ausrichten kann, dann muß sie wenigstens dafür sorgen, daß man uns nicht verhöhnt. Unzweifelhaft ist in diesem Falle die Fraktion wieder im Gegensatz zur Bevölkerung des Landes getreten. Unlängst hat uns die Finanzreform eine Blamage eingetragen, jetzt haben wir uns von neuem, vielleicht noch schlimmer, blamiert.

---

Aus Nr. 129 des Lech (Gnesen) vom 10. Juni 1910:

### Die polnischen Abgeordneten stimmen für die Erhöhung der Zivilliste.

In der Budgetkommission wurde heute der Regierungsantrag über die Erhöhung der Zivilliste angenommen. Der Vertreter der polnischen Fraktion hat nach Ablegung der Deklaration, daß die Polen die preußische Politik gegen die Polen verurteilen, für die Erhöhung gestimmt, da aber das Bedürfnis für Erhöhung der Zivilliste begründet ist, geben sie dem Könige, was des Königs ist.

Der sonderbare Standpunkt der polnischen Fraktion wird gewiß nicht den geringsten Anklang in den weitesten Kreisen der Volksgesamtheit finden.

---

Aus Nr. 128 des Dziennik Kujawski (Hohensalza) vom 9. Juni 1910:

### Zur Erhöhung der Zivilliste des Königs

schreibt der Dziennik Kujawski folgendes:

Wir haben Interesse daran, welchen Standpunkt unsere polnische Abgeordneten-Fraktion in dieser Sache eingenommen hat. Bis heute ist es noch nicht aufgeklärt, ob der Vertreter der Fraktion zu der Vertrauenskonferenz eingeladen war und ob er sich mit dem Regierungsprojekt einverstanden erklärt hat. Wir haben darauf gerechnet, daß sich der Vertreter der polnischen Fraktion in der gestrigen Sitzung aussprechen wird. Indes hat der polnische Abgeordnete garnicht gesprochen, und das ganze Projekt wurde nur einzig gegen die Stimmen der Sozialdemokraten an die Kommission verwiesen. Er fragt sich daher, ob die polnische Fraktion in der Diskussion geschwiegen und ob sie bei der Abstimmung das Projekt dadurch billigte, daß sie sich mit der Überweisung desselben an die Kommission einverstanden erklärte.

Die Gesamtheit hat in dieser Sache, wo es sich um die Darlegung der Verhältnisse der Polen zur Krone handelte, das Recht zu verlangen, daß die polnischen Vertreter einen deutlichen und klaren Standpunkt

einnehmen. Wie dieser Standpunkt sein konnte, unterliegt, angesichts des Systems der antipolnischen Politik, mit welchem doch der König einverstanden ist, keinem Zweifel.

Es werden gewiß alle mit uns einverstanden sein, wenn wir die Notwendigkeit der Aufklärung seitens der Fraktion hervorheben. Wir meinen, daß sie sich auch zeigen werde. Wir wollen doch schließlich nicht voraussetzen, daß die Polen auch in der gestrigen Sitzung durch ihre Abwesenheit glänzten. Die Gesamtheit muß von den Abgeordneten verlangen, daß sie bei wichtigen Angelegenheiten in Berlin sind und den polnischen Standpunkt vertreten.

Gestern war eine schöne Gelegenheit, um in einer kurzen, ruhigen und ernsten Erklärung die Ursache darzutun, aus welchen Gründen das polnische Volk durch seine Vertreter für das Regierungsprojekt nicht stimmen kann.

---

Aus Nr. 130 des Lech (Gnesen) vom 11. Juni 1910:

## Der arme preußische König.

Wir teilten gestern mit, daß sich der Vertreter der polnischen Fraktion in der Budget-Kommission nach Darlegung einer Erklärung für die Erhöhung der Einnahmen des preußischen Königs erklärt hat. Die polnische Fraktion erbarmte sich über den armen preußischen König und stimmte durch den Mund ihres Vertreters für das Regierungsprojekt, es gab also „dem Kaiser, was des Kaisers ist" und lieferte so den Beweis seiner Loyalität gegenüber der Krone.

Die Polen haben fürwahr keinen Grund, dem Könige höhere Einnahmen zuzuerkennen, der die allerschlimmsten Ausnahmegesetze gegen uns approbiert. Aber auch aus sachlichen Momenten hätte die polnische Fraktion gegen das Projekt stimmen sollen.

Sehen wir uns die Einnahmen des preußischen Königs genau an.

Die Zivilliste Wilhelms als preußischer König beträgt seit dem Jahre 1889 jährlich $15\frac{3}{4}$ Millionen Mark. (Es werden nunmehr aufgezählt die Einnahmen des Königs von England, der Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika und von Frankreich.)

Der preußische König hat außer der Zivilliste noch bedeutende Einnahmen aus Familienbesitz, 15 Oberförstereien und 84 Gütern. Der König gehört zu den größten Grundbesitzern Deutschlands, er nennt 150 000 Morgen Landes sein eigen.

Als solcher müßte er bei der heutigen Teuerung der landwirtschaftlichen Produkte aus diesen Gütern geradezu riesenhafte Einnahmen haben, es sei denn, daß die Krongüter erbärmlich verwaltet werden. Wahrscheinlich nützt die Verwaltung dieser Güter den Boden nicht gehörig aus, denn bedeutende Flächen müssen für die Jagd belassen werden. Der preußische König ist bekanntlich eifriger Jäger, und er hat bereits einer ungezählten Menge Wildes das Leben abgenommen. Er jagt nicht nur auf eigenem Territorium und auf dem der Krone, sondern auch bei seinen Freunden, die sich den Besuch des Königs zur großen Ehre rechnen. Gelegenheit zur Befriedigung seines Jagdeifers hat der König also genug. Die Krongüter müßten also so verwaltet werden, daß sie möglichst hohe Einnahmen bringen, dann wird sich auch die ständige Erhöhung der Zivilliste erübrigen.

Die Regierung, welche sich um die Erhöhung der Zivilliste um $3\frac{1}{2}$ Millionen bemüht, sagt, die Nahrungsmittel seien teurer geworden, der König müsse daher für alles mehr bezahlen. Ist es nicht lächerlich nachzuweisen, daß jemand, der jährlich gegen 30 Millionen Einnahmen besitzt, für Fleisch und Mehl einige Pfennige mehr zahlen muß! Für den armen Arbeiter und kleinen Handwerker, der 900 bis 1200 ℳ Einkommen hat, bedeutet es wohl etwas, wenn er für das Fleisch statt 65 Pf. 70 Pf. zahlt, aber doch nicht für einen Menschen, der als großer landwirtschaftlicher Produzent durch diese Teuerung mehr Nutzen als Schaden hat!

Die Regierung sagt weiter, der König müsse seine Söhne besser ausstatten. Das ist völlig überflüssig! Was kann es denn das Volk angehen, ob der dritte oder fünfte Sohn des preußischen Königs einen großen Hof hat und den Namen der Hohenzollern „würdig" repräsentiert! Wenn ein solcher Fürst 50 000 ℳ Staatseinkommen hat, dann zahlt der Staat für ihn genug. Will er mehr haben, dann mag er es erarbeiten. Dem Arbeiter schenkt niemand etwas. Warum sollen denn gerade anderen die gebratenen Tauben in den Mund fliegen?

Es wird ferner gesagt, der preußische König müsse immer mehr Geld für Repräsentationskosten bezahlen. Was kostet nicht die Unterhaltung der 60 und mehr kaiserlichen Schlösser! Was nützen dem Könige diese Schlösser! Man würde besser tun, wenn man diese Schlösser den Städten zu Museen schenkte und die Parks in öffentliche Volksgärten umwandelte; die Regierung würde dann ihren Kummer mit einmal los sein. Ebenso müßte die Zahl der Hofchargen und des Hofpersonals eingeschränkt werden.

In Berlin soll eine ganze Gegend von Kammerdienern, Lakaien, Oberlakaien, königlichen Frottierern, Köchen und Küchenjungen bewohnt sein. Wieviele Beamte beschäftigt zum Beispiel der Marstall! Und doch hört man nur immer von Automobilfahrten des preußischen Königs. Könnte man denn da die Zahl der Pferde und Leute nicht herabsetzen?

Ein weiterer Grund zur Erhöhung der königlichen Einnahmen ist die Unterhaltung der königlichen Theater in Berlin, für die $1\frac{1}{2}$ Millionen mehr erforderlich sind. Diese Theater stehen in künstlerischer Hinsicht auf niedriger Stufe und bringen der Kunst keinerlei Vorteil. Es werden in ihnen verschiedene Dummheiten und Humbugs aufgeführt, die wahre Kunst wird außer acht gelassen. Kein Wunder also, daß sich die Einnahmen verringern und immer größere Subventionen nötig werden. Eine Subvention sollte das Abgeordnetenhaus nur dann den Theatern zugestehen, wenn es auch das Recht hätte, über die Stücke, welche in ihnen aufgeführt werden sollten, zu entscheiden. Bis jetzt steht dieses Recht nur dem Kaiser zu.

Wie viel kosten schließlich die Reisen des preußischen Königs! So kostete zum Beispiel die Palästinareise, zu der auf Kosten des Hofes 200 Pastoren (Superintendenten) mitgenommen wurden, gegen 2 Millionen Mark. Der preußische König ist dafür bekannt, daß er es nicht versteht, billig zu reisen. Es ist daher auch kein Wunder, daß er es nicht versteht, die Einnahmen mit den Ausgaben zu vereinbaren. Seine

finanziellen Sorgen sind allgemein bekannt. Die Hoflieferanten müssen ein Jahr und länger auf Bezahlung warten, und die politischen Einflüsse, welche verschiedene Finanzpotentaten besaßen, wie z. B. der bekannte Reaktionär Baron Stumm oder der verstorbene Krupp und andere, sollen materiellen Ursprunges gewesen sein. Die s. Z. bekannte Angelegenheit, betreffend die Thronfolge in Lippe, brachte man ebenfalls mit finanziellen Interessen in Verbindung, welche angeblich zwischen dem Kaiser und der sehr reichen verstorbenen Fürstin von Schaumburg-Lippe, der Mutter des durch Kaiser Wilhelm unterstützten und durch ein besonderes Schlichtungstribunal verworfenen Thronprätendenten, geherrscht haben. In Zusammenhang mit den Interessen des Königs bringt man auch den verstorbenen Papst der Hakatisten, von Kennemann, der auf die preußische Politik einen so bedeutenden Einfluß ausübte.

Wilhelm II. forderte schon 2 Jahre nach der Thronbesteigung Erhöhung seiner Einnahmen und erhielt sie auch in einer Höhe von 2 Millionen. Doch auch diese Erhöhung reicht gegenwärtig nicht aus. Der Großvater Wilhelms II., Wilhelm I., machte, obgleich er bedeutend weniger Einnahmen hatte, keine Schulden; er soll es sogar, dank seiner Sparsamkeit, fertig gebracht haben, das Vermögen der Hohenzollern um 22 Millionen zu vergrößern.

Heute ist die preußische Schatulle leer, und die bankerotte Politik des Kanzlers, welche die Situation retten will, bürdet dem Volke neue Lasten auf.

Die polnische Fraktion scheint nicht bedacht zu haben, daß man diese neuen Lasten dadurch hätte vermeiden können, daß man gewisse Reformen und Sparsamkeit in dem königlichen Budget einführt; sie stimmte für das Regierungsprojekt, und wollte dem „Kaiser geben, was des Kaisers ist".

Für das polnische Volk wird dieser Schritt der Fraktion völlig unverständlich bleiben.

---

Aus Nr. 130 des Dziennik Kujawski (Hohensalza) vom 11. Juni 1910:

## In Sachen der Erhöhung der Zivilliste

schreibt der Dziennik Kujawski unter anderem folgendes:

Trotz zahlreicher Proteste, trotz der Stimmen der Presse, die vor der Politik des Loyalismus warnte und dartat, daß wir gegenüber der Regierung und dem preußischen König offene Politik führen müßten, erklärte sich die polnische Fraktion gestern für die Erhöhung der Einnahmen des Königs. Wie wir gestern mitteilten, tat dies vorgestern nach dem Dziennik Berlinski der Vertreter der Kommission auf eigene Faust. Wenn es so ist, dann hätte die Fraktion noch Gelegenheit, mit dem Standpunkte ihres Vertreters nicht einverstanden zu sein und einen gegenteiligen Beschluß zu fassen. Das hätte zu einer Sezession in der Fraktion führen können. Ein solcher Fall wäre nicht der erste, denn er kam schon zu Zeiten des Mandats des Herrn v. Koscielski vor. Damals erklärte sich die Fraktion gegen Herrn v. K., als dieser in der Kommission auf eigene Faust für die „Korvette K." stimmte.

Schon gestern betonten wir, daß die breiten Kreise des Volkes den Standpunkt unserer Abgeordneten nicht verstehen, und sie werden ihn um so weniger begreifen, wenn sie die durch den Vorsitzenden der Fraktion, Prälaten v. Jazdzewski, gegebene Begründung des Standpunktes durchlesen.

Leuchtet denn aus dieser Begründung der politische polnische Gedanke hervor? Nein! Der Abgeordnete stellt die begründete Erbitterung fest, welche durch die Reihe der antipolnischen Ausnahmegesetze (der König hat sie unterzeichnet) hervorgerufen worden ist. Trotzdem erklärt er sich schweren Herzens für den Antrag.

Am wichtigsten ist der Schluß der Rede des Abgeordneten. Wiederum hat die Hoffnung und die Verlockung die Beschlüsse der Fraktion gelenkt: also die Politik der Empfindungen und Täuschungen.

Uns scheint es, daß man sich in preußischen Kreisen über die Taktik unserer Abgeordneten wundern wird. Wenn sich in Zukunft irgend ein polnischer Abgeordneter auf den gestrigen loyalen Standpunkt berufen sollte, dann bekommt er vom Regierungstische aus ohne Zweifel die einzige und preußische Antwort: „Ihr habt nur eure Pflicht erfüllt, auf die ihr euch niemals berufen dürft. Unsere Staatsraison ist stärker als eure loyalen Beschlüsse."

Die Proteste, welche sich erheben, verstehen wir, und wir halten sie für berechtigt. Durch ihren gestrigen Beschluß hat die Fraktion gezeigt, daß sie keine Rücksicht nehmen will auf die Empfindungen der breitesten Kreise unserer Volksgesamtheit.

---

Aus Nr. 128 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 10. Juni 1910:

Unter der Spitzmarke

## „Die polnische Fraktion stimmt für die Erhöhung des Gehalts des preußischen Königs"

schreibt das Bromberger Polenblatt unter anderem folgendes:

Wir geben der polnischen Fraktion des Abgeordnetenhauses die Versicherung, daß gegen ihren Standpunkt das gesamte polnische Volk protestieren wird. Kein vernünftiger Mensch versteht es, weshalb wir uns noch mehr blamieren sollten.

Gegen ein solches Verhalten protestieren wir ganz entschieden. Wir lassen uns nicht herabwürdigen zur Rolle vernunftloser Tiere, welche die Hand lecken, die sie schlägt.

Wenn die Fraktion des Abgeordnetenhauses ihren Standpunkt nicht ändert, dann wird sich ein größerer Sturm gegen sie erheben, wie im verflossenen Jahre, als die polnische Fraktion im Reichstage für die neuen Steuern stimmte.

---

Aus Nr. 129 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 11. Juni 1910:

## Tanzende Sklaven.

Die Abgeordneten im preußischen Landtage, welche für die Erhöhung des Gehalts des preußischen Königs gestimmt haben, machen den Eindruck jener Sklaven, die da tanzend mit den Fesseln klirren. Man muß fürwahr jeden Ehrgefühls und des Gefühls der eigenen Würde bar sein, taub und blind sein für die Lehre der

Geschichte, um so zu verfahren, wie das unsere Abgeordneten getan haben. Wir schämen uns dieser unserer Abgeordneten, die sich den Ihrigen und den Fremden gegenüber so herabwürdigen. Wir schämen uns ihrer noch mehr als derer, die im vergangenen Jahre für die neuen Steuern gestimmt haben. Werden wir denn keine Abgeordneten mehr bekommen, die da wußten, was sie ihrer nationalen Würde schuldig sind, die es verstehen würden, daß es eine Schande ist, den Stiefel zu lecken, der uns tritt?

Es klingt fürwahr wie eine geschichtliche Tragödie, wenn die Abgeordneten in Berlin durch versöhnungsfreundliche Tänzeleien die Gesamtheit kompromittieren, die sich immer nachdrücklicher aus den Fesseln der Versöhnungspolitik befreit, weil sie weiß, daß sie nur zur Herabwürdigung führt. Es sind das gleichzeitig die Folgen dieser unvernünftigen und wahrhaft kälberhaften Politik, die es nicht zuläßt, die „alten und verdienstvollen" Abgeordneten zu beseitigen und jedes nach dieser Richtung hin geäußerte Wort für eine „Anarchisierung" der Volksgesamtheit erachtet. Jetzt haben wir den Lohn, der wohl auch den größten Rückschrittlern nicht lieb sein wird.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses sagte der Abgeordnete Prälat von Jazdzewski folgendes: (Es folgt der Wortlaut der Rede des Abgeordneten).

Gegen das Auftreten des Prälaten von Jazdzewski bzw. der Landtagsfraktion, das uns in den Augen der Fremden und vor uns selbst erniedrigt, erheben wir energischen Protest. Unsere Leser aber fordern wir auf, sich diesem Proteste anzuschließen. In unserer Expedition wird von heute ab ein Buch ausgelegt sein, in das sich jeder eintragen kann, der unsere Entrüstung über das neueste Auftreten der polnischen Fraktion im Landtage teilt. Die auswärtigen Leser bitten wir, unter ihren Bekannten Unterschriften zu sammeln und sie uns zu übersenden. Wir werden das ganze Material unseren Abgeordneten übermitteln, damit sie erfahren, was die Heimat von ihnen denkt.

---

Aus Nr. 132 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 14. Juni 1910:

Aus den Kreisen unserer Leser erhielten wir etliche Korrespondenzen in Sachen des Stimmens unserer Abgeordneten für die Erhöhung des Gehalts des Königs, die wir jedoch nicht veröffentlichen, weil sie zu scharf sind. Wir werden sie dem Prälaten von Jazdzewski übersenden, damit er erfahre, wie das Volk über seine versöhnungsfreundlichen Sprünge denkt.

---

Aus Nr. 134 des Dziennik Poznański (Posen) vom 14. Juni 1910:

**Von Herrn Stanislaus v. Turno**

erhielten wir was folgt:

Der nationaldemokratische „Kurjer Poznanski" hat in seiner Nummer vom 10. d. Mts. die polnischen Abgeordneten zum preußischen Landtag in heftiger Weise deshalb angegriffen, weil sie für die Erhöhung der Königlichen Zivilliste gestimmt haben.

Ich polemisiere nicht mit dem grundsätzlichen Standpunkt des „Kurjer". In jeder Volksgemeinschaft gibt es extreme Elemente, und die leidenschaftlichen Attacken des Sozialisten Herrn Hoffmann im Landtage beweisen, daß auch bei den Deutschen Demonstrationen dieser Art eine Waffe in ihrem politischen Arsenal zu sein pflegen.

Der Sozialist Herr Hoffmann hat bei dieser Gelegenheit schon vor dem „Kurjer Poznanski" unsre Abgeordneten angegriffen und dem „Kurjer" ein leicht zu befolgendes Beispiel gegeben.

Dagegen erachte ich es für erforderlich, die Unbilligkeit der Worte des „Kurjer" festzustellen, da dieses Blatt vorführt, die Allgemeinheit der polnischen Volksgemeinschaft hege bezüglich dieser Sache die gleiche Anschauung wie der „Kurjer" und verurteile mit ihm unsre Abgeordneten, da das Blatt ferner um Rache zum Himmel schreit und den Abgeordneten furchtbare Vergeltung in Gestalt des Boykotts bei den künftigen Wahlen droht.

Ich weiß im Gegenteil wohl, daß die sachliche, von zivilem Mut erfüllte Stimmabgabe unsrer Abgeordneten die Anerkennung vieler ehrenwerter und das Land liebender Bürger gewonnen hat.

Indem unsre Abgeordneten dem Könige gaben, was des Königs ist, und indem sie einen Unterschied machten zwischen der Krone und dem gegenwärtigen Regierungssystem, haben sie einen Beweis des Taktes und des politischen Verstandes gegeben.

Gewiß ist es angesichts der unglücklichen politischen Lage bei uns nicht leicht, die erforderliche Ruhe und Nüchternheit des Urteils zu bewahren. Darum kann man auch bis zu einem gewissen Grade sich erklären, daß ein Teil der öffentlichen Meinung, nicht der zahlreichere, aber der lautere, allzuoft der Degenerierung unterliegt und in leeren Demonstrationen Erleichterung sucht.

Aber um so aufrichtiger erkennen die Ersprießlichkeit politischer Verständigkeit und politischen Maßhaltens diejenigen ebenfalls zahlreichen, wenngleich weniger lauten Leute an, welche in realer Arbeit, nicht aber in fruchtloser Negation und in Ausbrüchen der gereizten Nerven die politische Berufung der Volksgemeinschaft erblicken.

Von seiten aller dieser Leute kann jeder, welcher die Erfüllung einer nüchternen, politischen Tat über die leere Phrase und über den Beifall der radikalen Elemente setzt, der Anerkennung, und so Gott will, der Unterstützung sicher sein.

Objezierze, 10. Juni 1910.

Stanislaus v. Turno.

---

Der Kurjer Poznański erwidert in Nr. 135 vom 15. Juni folgendes:

Wir glauben, daß wir über die Bemerkungen, mit denen Herr v. Turno unser Blatt persönlich beehrte, zur Tagesordnung übergehen können. Sich täuschen ist etwas Angenehmes. Wir wollen somit Herrn v. Turno nicht der Täuschung berauben, daß die Zusammenstellung unsres Blattes mit dem sozialistischen Abgeordneten Hoffmann für uns einen sehr unangenehmen Schlag bildet. Für alle Fälle wollen wir Herrn v. Turno sogar dahin informieren, daß wir, obwohl wir entschiedene Gegner der sozialistischen Weltanschauung und des sozialistischen Klassenkampfes sind, gleichwohl im Auftreten der Sozialisten — wenigstens in der polnischen Frage — sehr oft weit mehr tatsächlich christliche Beweggründe und Empfindungen tatsächlicher Gerechtigkeit erblicken, als bei denen, welche Herrn v. Turno besonders nahe stehen, bei den preußischen Junkern. Aber wir wiederholen, daß wir davon absehen, auch davon, ob unsre Kritik tatsächlich so sehr heftig gewesen ist. Es handelt sich uns vielmehr um die prinzipielle Seite der Sache.

Herr v. Turno heißt die Volksgemeinschaft einen Unterschied machen zwischen der Krone und dem jetzigen Regierungssystem. Er spricht so nicht bloß im eigenen Namen, und er spricht so auch nicht zum ersten Mal.

Die Leser werden sich erinnern, daß in der Zeit, als sich das Projekt des Enteignungsgesetzes zu kristallisieren begann — Mitte Oktober 1907 — Herr v. Turno in deutscher Sprache eine Broschüre „Zum Enteignungsgesetz" herausgegeben hat, welche sich an die deutschen Großgrundbesitzer wandte und durch ihre Tendenz in unserer Volksgemeinschaft eine ernste Unruhe hervorgerufen hat.

Damals schon hat Herr v. Turno offen und entschieden das Programm des preußischen Loyalismus proklamiert, dem er seinerseits auch gleich praktischen Ausdruck verliehen hat in den enthusiastischen Ausführungen über Kaiser Wilhelm, über dessen „christliche Nächstenliebe und milde Toleranz", sowie über dessen „Idealismus", angesichts dessen Herr v. Turno an den Kaiser als an den „Schutzherrn der dem Reiche einverleibten fremden Nationalitäten" appellierte. Herr v. Turno ließ damals seinen Loyalismus deutlich hervortreten durch die Äußerung der Unzufriedenheit darüber, daß „die seit Jahrhunderten sich entwickelnde Vermischung der beiden Nationalitäten nicht auf friedlichem Wege und auf gesunder wirtschaftlicher Grundlage weiter fortgeschritten sei". In herzlichen Worten wandte sich Herr v. Turno an die deutschen Agrarier mit der Bitte, sie möchten eine bedauernswürdige Nation die Vergangenheit auf die Weise vergessen machen, daß sie ihr die Gegenwart begehrenswert machten; denn weshalb solle sich an uns nicht das stolze deutsche Sprichwort bewahrheiten: „An deutschem Wesen soll die Welt genesen." Warum denn nicht?

Wir sehen, Herr v. Turno ist konsequent. Das was er gegenwärtig im „Dziennik" in der Polemik mit uns in Verteidigung der Jazdzewskischen Erklärung sagt, ist ganz übereinstimmend mit seinen prinzipiellen Ausführungen in der Broschüre aus dem Jahre 1907. Welche Aufnahme damals die Turnosche Broschüre in breiten Kreisen der polnischen Volksgemeinschaft gefunden hat, und damit zugleich die von Herrn Dr. v. Jackowski-Wronczyn in den Spalten des „Dziennik Poznanski" unternommene Verteidigung der Broschüre, daran brauchen wir im einzelnen nicht zu erinnern. In den Spalten unseres Blattes trat bekanntlich damals u. a. auch der inzwischen verstorbene Roman Szymanski auf, indem er die legale Grundlage hervorhob, auf welche unsere Volksgemeinschaft sich stützt, und indem er mit aller Entschiedenheit alle Bestrebungen verurteilte, die darauf abzielen, die öffentliche Meinung auf die Abwege des preußischen Loyalismus hinüberzuleiten.

Wenn Herr v. Turno ungeachtet der damaligen Niederlage heute nach nicht voll 3 Jahren es als angezeigt erachtet, die Standarte des preußischen Loyalismus von neuem auszustecken, so gibt er sich zweifellos der Hoffnung hin, daß der gegenwärtige Moment günstiger sei, um unserer Volksgemeinschaft die Keime des Loyalismus einzuimpfen. Leben wir doch in einer Periode des allgemeinen Aufgebots der Elemente der „Planmäßigkeit und Ordnung" gegen die Nationaldemokraten, welche den Loyalismus beständig rücksichtslos bekämpften und bekämpfen. Hatten wir doch die Posener Wahlen, die Sezession, ziemlich viel Verwirrung und politische Mißverständnisse! Haben sich doch die den Herren v. Turno und v. Jackowski nahestehenden Elemente organisiert und hatten wir doch ferner verschiedene Bekundungen auf der Arena unsrer parlamentarischen Politik, — ist doch die Jazdzewskische Erklärung wohl aus dem Willen der Landtagsfraktion hervorgegangen! Ist ein solcher Moment nicht entsprechend für die offene und entschiedene Betonung dessen, daß die Politik „der Leute der Planmäßigkeit und Ordnung" eine Politik der „Verteidiger von Thron und Altar" sein müsse?!

Zweifellos hat Herr v. Turno etwas recht. Wir meinen jedoch, daß er sich auch hier einer Täuschung hingibt, wenn er der Ansicht ist, daß sein politisches Programm außerhalb des konservativen bzw. ausgesprochen versöhnungsparteilichen Teils des Großgrundbesitzertums und der älteren Geistlichkeit sowie der städtischen Intelligenz, sei es auch im jetzigen Moment, dem Echo irgendwelcher Sympathie begegne. Im Gegenteil, alle Faktoren in unserer Volksgemeinschaft, deren politisches Denken infolge des Enteignungsgesetzes nicht schief geworden ist, werden auch heut wissen, was Herrn v. Turno zu antworten ist.

Die ganze gesund denkende riesige Mehrheit der Volksgemeinschaft weiß vor allem, daß das Gegenüberstellen der Krone und des Regierungssystems der mindesten realen Hinterlage entbehrt. Übrigens meinen wir, daß Leute, welche der Politik unserer Volksgemeinschaft neue Richtlinien vorzuschreiben bestrebt sind, wissen sollen, daß im preußischen Staat nach der Verfassung der Monarch die Gesetze nicht bloß unterschreibt, sondern daß er einen gesetzgeberischen Faktor bildet, der ganz gleichbedeutend mit dem Abgeordneten- und dem Herrenhause ist, daß mit einem Worte in der Geschichte der preußischen antipolnischen Gesetzgebung die Krone ebenso eine aktive, nicht bloß passive Rolle gespielt hat, wie die beiden Kammern des preußischen Landtags. Das sind elementare Dinge; leider muß man sie gewissen unserer Politiker erst in Erinnerung bringen.

Die ganze gesunde riesige Mehrheit der Volksgemeinschaft wird auch wissen, wo „Radikalismus", „fruchtlose Negation", „leere Phrasen" usw., wo dagegen „Takt und politischer Verstand" zu suchen sind. Radikalismus ist nicht nur im linken, sondern ebenso im rechten Flügel möglich. Wir meinen, daß ein Standpunkt nicht radikal ist, welcher einerseits mit der Impulsivität des Königs rechnet und darum kein verletzendes Sichengagieren der Fraktion direkt gegen die Erhöhung der Zivilliste fordert, sich aber mit dem völligen Sich-nicht-Engagieren der Fraktion zufrieden gibt. Wir halten dagegen für einen radikalen Schritt das Ignorieren des Gefühls der Würde der Volksgemeinschaft durch das positive Abgeben einer Erklärung und die Stimmabgabe zugunsten der Erhöhung der Zivilliste. Das ist natürlich nicht Radikalismus im Verhältnis zu Krone und Regierung, dagegen gerichtet gegen die eigene Volksgemeinschaft, „fruchtlose Negation" des eigenen nationalen Stolzes und des eigenen nüchternen, der Täuschungen baren politischen Denkens, „fruchtlose Negation" des nationalen „Faktors und des politischen Verstandes".

Ob Prälat v. Jazdzewski sehr zufrieden sein wird anläßlich des Beistands, mit welchem der erprobte Kämpe des preußischen Loyalismus, Herr v. Turno, herbeigeeilt ist, das ist zweifelhaft. Andererseits würde es sich Herr v. Turno vielleich noch bedacht haben, ob er in die Schranken treten solle, wenn er gewußt hätte, auf welche Weise die Erklärung des Prälaten v. Jazdzewski zustande gekommen ist. Dieser hat zweifellos die von Berlin abwesenden Kollegen nicht zur Fraktionssitzung eingeladen, da er wußte, daß auf seiner Seite die Minderheit stehen werde. Hätte Herr v. Turno die Genesis der Erklärung gekannt, so würde er zum mindesten im Auftreten des Prälaten v. Jazdzewski nicht voll Entzücken eine so große „nüchterne politische Tat" der Allgemeinheit unserer Abgeordneten erblickt haben.

Aber das ist eben bezeichnend, daß gewisse Elemente in unserer Volksgemeinschaft jeden politischen Moment fieberhaft ausnützen, um unsere Volksgemeinschaft auf die Bahnen des preußischen Loyalismus

hinüberzuleiten heut mehr als je. Es ist nicht schwer zu verstehen, daß die Jazdzewskische Erklärung, und noch mehr die Turnosche Auslassung nur ein Vorspiel sind — zum Gang ins Schloß. Wir haben stets hervorgehoben, daß man in solchen Erscheinungen der „positiven Arbeit" die Glieder einer ganzen Kette, eines ganzen politischen Systems zu erblicken hat. Wir machen heut von neuem nachdrücklich darauf aufmerksam. Die Volksgemeinschaft muß klar fahren und blicken, sie muß achtsam horchen und hören, worauf man abzielt.

---

Aus Nr. 129 des Kurjer Poznański (Posen) vom 3. Juni 1910:

### Vom Nationalrat.

Das polnische Zentralwahlkomitee für das Deutsche Reich hat, wie die „Gazeta Torunska" berichtet, am verflossenen Donnerstag das Projekt, einen Nationalrat zu gründen, verworfen, da das Zentralkomitee die Tätigkeiten der höchsten Behörde für alle nationalen, sozialen und politischen Angelegenheiten selbst zu übernehmen gedenkt.

Soweit unsre Informationen reichen, beruht die obige Mitteilung der „Gazeta Torunska" auf Wahrheit. Wir unsrerseits äußern jedoch Zweifel, ob das Zentralkomitee als höchste Wahlbehörde Gehör finden wird als höchste Instanz in allen nationalen, sozialen und politischen Angelegenheiten. Eine solche höchste Instanz hätte Existenzberechtigung, sie müßte jedoch auf durchaus veränderten Grundlagen entstehen. Das Zentralkomitee könnte in dieser Angelegenheit die Initiative auf sich nehmen bzw. vermitteln.

---

Aus Nr. 134 des Dziennik Poznański (Posen) vom 14. Juni 1910:

In der Sonnabendsitzung haben sich

**der Rat und der Vorstand des Nationalbundes**

konstituiert. Zum Vorsitzenden des Rats wurde gewählt Graf Adam Zoltowski-Jarogniewice, zum Vorsitzenden des Vorstandes Herr F. v. Drwenski, zum Schriftführer Herr Valerian Lebinski, zum Schatzmeister Herr L. v. d. Osten, zu Beisitzern die Herren Prof. Dr. St. v. Karwowski, Nowicki und Leo v. Plucinski.

---

Aus Nr. 128 des Kurjer Poznański (Posen) vom 7. Juni 1910:

### Der Nationalbund.

Gestern ist der schon seit langem in unserer Presse besprochene Nationalbund gegründet worden. Er soll, wie früher bereits angekündigt und gestern nochmals ausdrücklich und stark betont worden ist, parteilos sein. Was wir von diesem Grundsatz der Parteilosigkeit in einer politischen Organisation halten, das haben wir in der letzten Zeit wiederholt ausgesprochen. Wir halten es daher nicht für nötig, nochmals darzutun, daß der Grundsatz der Parteilosigkeit in diesem Falle unmöglich ist. Angesichts dessen, daß die demokratischen Elemente schon genau organisiert sind, waren und sind wir der Meinung, daß das Sichorganisieren der konservativen Elemente sehr erwünscht wäre und im Interesse der Volksgemeinschaft läge.

Da der Nationalbund parteilos sein will, verleugnet er natürlich den Konservatismus; wir sind jedoch davon überzeugt, daß dieser Konservatismus mit der Gewalt der Tatsachen im Nationalbund sich an die Oberfläche hindurchschlagen wird; es scheint uns sogar, daß die Zusammensetzung des Rats schon über die konservative Richtung des Bundes entscheidet. Mit Ausnahme des Herrn Rechtsanwalts v. Drwenski, zwar des Hauptinitiators des Bundes, den man zu den Konservativen nicht rechnen kann, wählte man den Rat aus Leuten von deutlicher und entschiedener politischer Farbe, fast die Hälfte zum Teil sehr hervorragende und einflußreiche Konservative. Außer den konservativen Elementen kamen in den Rat fast ausschließlich politisch farblose Leute, die im übrigen auf anderen, nicht politischen Gebieten wacker und rührig sind. Angesichts dessen ist es schwer, sich der Überzeugung zu erwehren, daß gerade diese politisch hervorragenden Leute, also die Konservativen, im Bunde den Ton und die politische Richtung angeben werden. Eine solche Zukunft wartet unseres Erachtens des Nationalbundes; es ist jedoch darin nichts Schlimmes zu erblicken, sondern es wird im Gegenteil im Interesse der Volksgemeinschaft liegen, daß die Sache eine solche überaus erwünschte Wendung nimmt.

Das konservative Charaktermal des Bundes ist nicht minder darin erkennbar, daß schon in der gestrigen ersten Versammlung der Antagonismus gegenüber der Nationaldemokratie deutlich hervortrat. Das Hauptreferat des Herrn von Drwenski wandte sich besonders gegen die Demokratie. Wir meinen, daß der Referent sich weniger aus tiefer Überzeugung gegen die Demokratie gewandt hat, als aus dem taktischen Bedürfnis heraus, die Existenzberechtigung des parteilosen Bundes als Gegengewicht gegenüber der parteiischen Demokratie zu begründen.

Wir möchten nicht allzusehr auf die Einzelheiten des Referats des Herrn von Drwenski eingehen; daher heben wir nur in Kürze hervor, daß schon der Ausgangspunkt des Referats irrig war, wenn er sagte, die gegenwärtige politische Entwickelung vollziehe sich auf dem Hintergrunde der sozialen Gegensätze. (Von derselben Voraussetzung geht Marx, der Schöpfer des Sozialismus, in seinem „Kapital" aus.) Jedenfalls müssen wir die Behauptung des Herrn von Drwenski entschieden bestreiten, daß die Nationaldemokratie als Ausgangspunkt ihres Programms die Herrichtung von sozialen Gegensätzen gewählt habe. So ist es keineswegs. Die Demokratie geht nämlich sowohl in ihrem Programm, als auch in ihrer praktischen Tätigkeit entschieden darauf aus, die sozialen Gegensätze zu versöhnen und auszugleichen. Darum bekämpft auch die Nationaldemokratie keineswegs den Großgrundbesitzerstand, noch tritt sie gegen dessen Interessen auf. Im Gegenteil, die Demokratie gibt sich vollständig Rechenschaft darüber, von welcher Tragweite die Rolle ist, welche der Großgrundbesitzerstand in unseren besonderen Verhältnissen spielt, und darum weiß die Nationaldemokratie voll und ganz, daß in billigen und gerechten Grenzen unserer Landwirtschaft, als der Volksschicht, welche unseren Hauptbesitzstand verteidigt, ein besonderer Schutz gebührt.

In allen Angelegenheiten läßt sich die Nationaldemokratie jedoch von der Rücksicht auf die Nation als Ganzes leiten, ebenso also, wie dies als Grundsatz für den Nationalbund der zweite Referent Dr. Adam Graf Zoltowski-Jarogniewice vorgezeichnet hat, jedoch mit dem Unterschiede auf seiten der Demokratie, daß sie sich in Fällen, in denen das allgemeinnationale Interesse nicht darunter leidet, von dem Interesse des polnischen Volkes leiten läßt.

Da wir somit die Rücksicht auf das Interesse der Gesamtnation als unsern Hauptgrundsatz ansehen, so halten wir das Enteignungsgesetz rücksichtslos für eine allgemeine nationale Niederlage. In dieser

Hinsicht hat man uns bisher nichts vorgeworfen; denn dieser unser Standpunkt war doch wohl selbstverständlich. Wenn also Herrn Drwenski in seinem Referate als angeblichen Beweis des Hasses der Demokratie gegenüber dem Großgrundbesitzertum erwähnt hat, daß ein gewisses Volksblatt in der Provinz vor einigen Jahren geschrieben habe, es sei gut, daß man die Gutsbesitzer enteigne, da sie Konservative seien, so erklären wir angesichts dessen, daß wir eine solche Ansicht, sofern sie übrigens tatsächlich in diesem Sinne ausgesprochen worden sein sollte, als eine Erscheinung völliger Entartung auf das energischte verurteilen. Nebenher gesagt, Herr v. Drwenski hat uns jenes Blatt privatim genannt; die obige unerhörte Ansicht soll jedoch zu einer Zeit kundgegeben worden sein, als der leitende Redakteur seine Stelle an jenem Blatte aufgegeben und der folgende die Leitung des Blattes noch nicht übernommen hatte.

Wenn also Herr v. Drwenski in seinem Referat sich auf jene angebliche Äußerung eines gewissen Volksblattes in der Provinz berufen, sie als Argument gegen die Demokratie benutzt und als Erscheinung des „Sichanarchisierens" unsrer Volksgemeinschaft hingestellt hat, so müssen wir feststellen, daß die Anführung eines solchen „Arguments" — gelinde gesagt — sehr unschön ist und auf keinen Fall von den ehrlichen Elementen aus dem uns gegnerischen Lager ernst genommen werden kann.

In der gestrigen konstituierenden Versammlung wurden auch Stimmen darüber laut, man solle dahin streben, daß die demokratischen Elemente dem Bunde beiträten. Uns scheint jedoch, daß der Beitritt der Demokraten zum Bunde nicht ganz möglich sein wird, da die Anschauungen dieser Elemente bezüglich der Rolle politischer Organisationen sich prinzipiell von den Anschauungen unterscheiden, wie sie in dieser Hinsicht der Nationalbund hat. Wir können jedoch bestimmt die Hoffnung hegen, daß die Angelegenheiten den Gang gehen werden, daß das gegenseitige Verhältnis zwischen dem Bund und der Demokratie korrekt sein wird, indem es sich auf die Achtung der Überzeugungen und Anschauungen der gegnerischen Seiten stützt. Alles wird übrigens davon abhängen, wie die Tätigkeit des Bundes sich in der Praxis entwickeln wird.

---

Der Dziennik Poznański schreibt in Nr. 129 vom 8. Juni in der gleichen Angelegenheit u. a.:

Mit Ausnahme des „Goniec" und des „Wielkopolanin" hat die hiesige volksparteiliche und nationaldemokratische Presse die Bildung des Nationalbundes mit mehr oder weniger deutlichem Unwillen aufgenommen. Das war von vornherein vorauszusehen. Denn obgleich der neue Bund eine parteilose Organisation ist, die in sich Vertreter der verschiedensten politischen und sozialen Überzeugungen zusammenschließt, so wird er sich früher oder später schon durch die Macht der Ereignisse denen entgegenstellen müssen, welche sich der Volksgemeinschaft als ausschließliche Leiter aufzudrängen suchen und sie, wie die letzten Vorfälle erwiesen haben, auf Abwege führen.

Natürlich versehen die dem Nationalbunde feindlichen Blätter diesen, da sie seinen Einfluß auf die breiten Kreise der Bevölkerung schwächen wollen, mit einer konservativen oder sogar versöhnungsparteilichen Etiquette, und sie berufen sich in dieser Hinsicht auf die Zusammensetzung des Rats und des Vorstandes der neuen Organisation. Diese Beweisführung entbehrt jedoch einer rechten Grundlage. Denn ebenso wie der Bund, so umfaßt auch sein Rat in sich Vertreter der verschiedenen Schichten und Überzeugungen, neben Konservativen also Vertreter solcher politischen Anschauungen, die sich dem Programm der Nationaldemokratie sehr nähern, neben städtischer und ländlicher Intelligenz Handwerker und Arbeiter. Naturgemäß kann bei einer solchen Zusammensetzung des Vorstandes von einer Parteipolitik des neuen Bundes nicht die Rede sein.

---

Aus Nr. 129 des Orędownik (Posen) vom 8. Juni 1910:

Nach Aufzählung der Mitglieder des Rates des neugegründeten

**Nationalbundes**

meint der Orendownik:

Fast die Hälfte dieser Leute sind erklärte Konservative, und unter ihnen die Führer des berüchtigten Bazar-Kasinos, welches mit aller Gewalt Aussöhnung haben und uns zur Einweihung des Posener Kaiserschlosses hinführen möchte. Diese Versöhnungsparteiler aus dem Kasino, die bisher in ihrem höfischen Dienst isoliert einhergehen, nicht unterstützt seitens der Nation, sie möchten sich vielleicht an den Stufen des Thrones auf die Reihen berufen, welche sie mit Hilfe ihrer Werkzeuge im Bunde haben aufmarschieren lassen, um dort eher Gnade, eher Gehör zu finden. Wir weisen nur auf den Kammerherrn v. Jackowski aus Wronczyn hin, der in der letzten Wahldelegiertenversammlung so deutlich, ohne Umschweife gezeigt hat, alle die zu unterdrücken, zu erniedrigen, die auf aufrichtig demokratischem Standpunkt stehend, die Sezession durchgeführt haben, und der mit aller Gewalt unseren Abgeordneten Herrn Nowicki, die Beibehaltung des Mandats hat unmöglich machen wollen. Wir weisen ferner auf die zwei Streiter hin, welche die Volksbewegung im Dziennik Poznanski mittelst scharfer Feder gestochen, mit Strömen von Tinte angeschwärzt haben, auf die Herren Professor Karwowski und Lucian v. d. Osten, ferner auf den Redakteur des in ein demokratisches Fell gekleideten, aber konservativen Stolz besitzenden Wielkopolanin, Herrn Lebinski, — wir weisen auf alle die hin, welche die Volksbewegung gleich dem naseweisen Goniec und mit dem ältesten Bruder oder Väterchen, dem Dziennik, bekämpft haben. Das sind sämtlich Konservative, das sind Leute, die in der Politik nicht erst seit heut aktiv teilnehmen, sondern die seit Jahren im politischen Handwerk eingearbeitet sind.

Wie schaut angesichts dieser Kämpen des Konservatismus und teilweise der Aussöhnung diese verhältnismäßig kleine Zahl übrigens durch und durch ehrenwerter Bürger und wackerer Arbeiter auf dem wirtschaftlichen und kulturellen Gebiet aus, welche sich bisher zum Teil von jeder Politik ferngehalten haben. Auf dem Felde der Politik werden sie bestimmt mit den viel herredenden Konservativen, welche mittelst Phrasen, mittelst leeren Geredes zu blenden und zu täuschen verstehen, nicht fertig werden.

Hübsch wird also jene Parteilosigkeit des Nationalbundes so nach Jahresfrist aussehen, wenn ihn der liebe Gott so lange leben lassen wird. Diese konservativen Elemente, die sich hauptsächlich aus dem Großgrundbesitzerstande zusammensetzen, werden dann mit dem Nationalbunde schalten und walten, wie es ihnen belieben wird. Das wird eine merkwürdige Parteilosigkeit sein, die man so oft in den Blättern und in der konstituierenden Versammlung versichert hat . . . .

Aus Nr. 135 des Kurjer Poznański (Posen) vom 15. Juni 1910:

## Vom Polnisch-demokratischen Verein.

Am Sonntag, dem 12. Juni d. J., um 11½ Uhr vormittags fand die Generalversammlung des Polnisch-demokratischen Vereins statt. Auf der Tagesordnung stand die Änderung der §§ 4, 12 der Statuten, sowie die Änderung des Namens des Vereins.

Bezüglich des § 4 wurde eine dahin gehende Abänderung beschlossen, daß der Hauptrat aus 60 Mitgliedern bestehen soll und daß der dritte Teil der Mitglieder des Rates zur Beschlußfähigkeit genügt.

Der Minimalbeitrag, der bisher drei Mark betrug, ist auf eine Mark ermäßigt worden.

Ferner erklärte man sich fast einstimmig mit der Änderung des Namens des Vereins einverstanden. Er lautet von jetzt ab „Demokratisch-nationaler Verein".

Bei der freien Aussprache wurde die Angelegenheit des Stimmens der polnischen Fraktion für das Projekt der Erhöhung der Zivilliste berührt. Nach längerer Diskussion wurde diese Angelegenheit dem Hauptrate zur Prüfung überwiesen.

So weit die Bekanntmachung. Wir werden auf diese Angelegenheit noch zurückkommen.

---

Aus Nr. 136 des Kurjer Poznański (Posen) vom 16. Juni 1910:

Posen, den 15. Juni 1910.

## Der Demokratisch-nationale Verein.

In unserer gestrigen Nummer haben wir die Bekanntmachung der Organisation der demokratisch-völkischen Elemente gebracht, die bisher den Namen Polnisch-demokratischer Verein trug und sich von jetzt ab Demokratisch-nationaler Verein nennt.

In dieser Bekanntmachung wird über die Beschlüsse der Generalversammlung vom letzten Sonntag berichtet:

Die Generalversammlung hat vor allen Dingen den Beschluß gefaßt, den Hauptrat durch Erhöhung der Zahl seiner Mitglieder von 27 auf 60 zu vergrößern und gleichzeitig den Minimalbeitrag von bis jetzt drei Mark auf eine Mark zu ermäßigen. Beide Beschlüsse sind die Folge des Wachsens der Organisation unter den breiten Massen des Volkes. Schließlich hat sich die Zahl von 27 Mitgliedern für den Hauptrat in der Praxis wirklich als zu klein erwiesen. Auf dem Hauptrate ruht häufig eine große politische Verantwortlichkeit, von seiner politischen Stellungnahme kann in manchem kritischen Augenblicke die ganze moralisch-politische Reputation der Organisation abhängen. Unter diesen Umständen ist die Abhängigkeit der Beschlüsse von einer allzu geringen Anzahl von Personen eine immerhin riskante Sache und dies um so mehr, als natürlicherweise nicht immer alle Mitglieder des Hauptrates jedesmal zu den Sitzungen desselben erscheinen können. Die Gefahr, daß bei einer Anzahl von 60 Mitgliedern aus allen Gegenden unseres Anteils, ja sogar aus der Emigration, es schwer sein wird, die Beschlußfähigkeit herbeizuführen, wird durch die Vorschrift beseitigt, daß zur Beschlußfähigkeit schon der dritte Teil der Mitglieder genügt, also 20. Bis jetzt genügten 11 Mitglieder. Die Generalversammlung der Organisation wird unzweifelhaft darüber wachen, daß im Hauptrate stets Vertreter aller Schichten sitzen, die sich durch hohen politischen Verstand auszeichnen und ein scharf ausgeprägtes Verantwortlichkeitsgefühl nicht nur der ganzen Organisation, sondern nicht minder der ganzen Volksgesamtheit gegenüber besitzen.

Der dritte Beschluß ändert den Namen der Organisation in „Demokratisch-nationaler Verein" um.

Schon in der Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß dieser Beschluß fast einstimmig gefaßt worden ist. Unsererseits fügen wir hinzu, daß der Antrag auf Namensänderung aus der Mitte der Vertreter der breiten Volksschichten gestellt worden ist. Dies ist ein bezeichnendes Faktum. Als die Organisation entstand, prophezeiten ihr die gleichen Personen, die gegenwärtig die „parteilose" Partei gegründet haben, wegen der angeblichen völligen Verschiedenartigkeit der Elemente die dieser „künstlich zusammengeleimten" Organisation angehörten, das unvermeidliche, frühe Ende.

Es ist Tatsache, daß die Gründung des damaligen polnischen demokratischen Vereins eine Fusion der nationalen Demokraten, die sich hauptsächlich aus den Kreisen der Intelligenz rekrutierten, und der völkischen aus dem Lager der sogenannten Volksbewegung bedeutete. Aber diese Vereinigung war keine „künstliche" politische Verschmelzung, sondern sie entsprang der ehrlichen Überzeugung beider Seiten, daß zwischen ihren politischen und sozialen Grundsätzen kein Unterschied sei, daß ihnen eine gemeinsame Idee voranleuchte, die ihnen befehle, in einer Reihe zusammengeschlossen zu marschieren und zwar auf Grund eines gemeinsamen Programms. Die Praxis begann von Woche zu Woche immer mehr zu zeigen, wie eitel die Hoffnungen der Gegner der demokratisch-völkischen Bewegung gewesen waren. Die junge Organisation war nämlich in verhältnismäßig kurzer Zeit ziemlich gefährlichen Feuerproben ausgesetzt. Sie hat diese siegreich bestanden; sie ist nicht schwach geworden, sondern hat in ihrem Kreise das Gefühl der inneren Zusammengehörigkeit und das gegenseitige Vertrauen der ihr beitretenden Faktoren gestärkt. Die Gegner gaben sich der Hoffnung hin, daß das Temperament und der Ehrgeiz der verschiedenen Personen die demokratisch-völkische Organisation sprengen würden. Die Leiter und Arbeiter der Organisation bewiesen indessen, daß es ihnen nicht auf die Befriedigung des Ehrgeizes ankam, sondern auf gemeinsame Arbeit im Sinne der gemeinsamen Grundsätze.

Und die Folge ist die, daß das Fundament der demokratisch-völkischen Organisation nicht nur nicht schmäler geworden ist, sondern im Gegenteil bedeutend an Breite gewonnen hat und zwar dadurch, daß sich ihr die nationale Arbeiterbewegung angeschlossen hat. Und gerade von dieser Seite ist der von den Völkischen unterstützte Antrag gestellt worden, den Namen „polnischer demokratischer Verein" in „demokratisch-nationaler Verein" umzuändern. Dies kennzeichnet genügend das vertrauliche Verhältnis, und es ist eine in der Parteibewegung sich nicht allzu häufig wiederholende Erscheinung.

Der vorerwähnte Beitritt der nationalen Arbeiter in größerer Anzahl zur Organisation (bis jetzt kommen nur einzelne Personen in Frage) ist ein Moment, der nicht nur für den demokratisch-nationalen Verein, sondern für die ganze Volksgesamtheit von hoher Bedeutung ist. Er liefert nämlich den Beweis dafür, daß man den Grundsatz der Klassenpolitik verdammt, und er manifestiert die Zusammengehörigkeit der nationalen Arbeiter mit den anderen Schichten der Volksgesamtheit. Dies ist eine erfreuliche Erscheinung, denn die Entwickelung der inneren politischen Verhältnisse muß sich auf der Grundlage der Gemeinsamkeit bzw. Verschiedenartigkeit der politischen und sozialen Grundsätze vollziehen und nicht auf der Grundlage der Klassensolidarität bzw. der Klassengegensätze.

Wir hegen die Hoffnung, daß die demokratische Organisation auf den bisher erprobten Wegen auch fernerhin vorwärts schreiten wird, daß sie an ihrer Entwickelung unter gleichzeitiger ständiger Stärkung ihres inneren Zusammenhanges weiter arbeiten wird. Wenn der demokratisch-nationale Verein alle nicht zur Sache gehörigen Dinge beiseite läßt und alle Extreme in dieser oder jener Hinsicht vermeidet, dann kann er mit einer entschiedenen aber ernsthaften Politik seiner Entwickelung und seinem Fortschritt die Wege bahnen.

Zum Schluß noch eins: Es kommt ziemlich häufig vor, daß man die ganze demokratisch-völkische Organisation mit den Personen identifiziert, die sich um unsere Zeitung gruppieren. Demgegenüber erwähnen wir nochmals, was wir schon häufig hervorgehoben haben, daß der Kurjer Poznanski kein offizielles Organ des demokratisch-nationalen Vereins ist.

Unsere Zeitung steht, wie eine ganze Reihe völkischer Zeitungen, auf dem Boden des demokratisch-nationalen Vereins, ist bemüht, ihm die Wege zu bahnen und seine Ideen bekannt zu machen, aber, ebenso wie einerseits unsere Zeitung durchaus kein alleiniges Werkzeug der erwähnten Organisation ist, so trägt andererseits der demokratisch-nationale Verein durchaus nicht die Verantwortung für die Redaktion unserer Zeitung.

Man könnte der Ansicht sein, daß dies eine selbstverständliche Sache ist; aber dennoch herrschen in dieser Hinsicht häufig völlig falsche Ansichten. Der demokratisch-nationale Verein ist verantwortlich für seine Bekanntmachungen und seine politischen Handlungen; für unsere Artikel tragen nur wir die Verantwortung, ebenso wie die völkische Presse, die auf dem Boden des demokratisch-nationalen Vereins steht, für ihre Artikel selbst verantwortlich ist. Wenn die von uns betriebene Politik im Widerspruch zu den Grundsätzen des Programms und der Richtlinie der Politik des demokratisch-nationalen Vereins stehen würde, dann könnte die vorerwähnte Organisation das Recht haben, sich gegen die Redakteure unserer Zeitung als Mitglieder des Vereins zu wenden; aber innerhalb dieses Rahmens besitzt unsere Zeitung politische Freiheit; und andererseits — wir wiederholen es — kann aber die Organisation der demokratisch-völkischen Elemente für ihre Artikel nicht verantwortlich gemacht werden.

---

Aus Nr. 24 des Robotnik (Posen)
vom 12. Juni 1910:

## Enthüllung und Einweihung der Gedenktafel für den verstorbenen Erzbischof Florian v. Stablewski.

Die feierliche Enthüllung und Einweihung der Gedenktafel, welche unser Verband seinem Gründer, dem verstorbenen Erzbischof Florian v. Stablewski in der Posener Archikathedrale aufgestellt hat, findet am Sonntag, dem 19. Juni, mittags um $12^1/_2$ Uhr statt.

Das Programm der Feier weist auf:

1. Ansprache des Verbandsvorsitzenden, Prälaten Stychel.
2. Ansprache des Domherrn Dr. Dalbor.
3. Einweihung der Gedenktafel.
4. Absingen eines frommen Liedes durch die Teilnehmer.
5. Gebet am Grabe des verstorbenen Erzbischofs.

Zu der Feier laden wir höflichst die Geistlichen, Patrone, Vizepatrone sowie die Delegierten aller Vereine des Verbandes ein.

Die Mitglieder der Posener Vereine ersuchen wir, mit ihren Fahnen zu erscheinen.

Die Fahnen können vor der Feier im Dom in der allerheiligsten Herz-Jesu-Kapelle untergebracht werden; während der Weihe werden sie vor dem Denkmal aufgestellt. Zu dem Nebenschiff des Domes, in welchem sich die Gedenktafel befindet, haben während der Feierlichkeit des Raummangels wegen nur die hochwürdige Geistlichkeit, die Mitglieder des Hauptvorstandes und ein Delegierter aus jedem Verein des Verbandes Zutritt. Alle anderen Mitglieder wollen in der Kirche Platz nehmen.

Die Vereine müssen die Delegierten mit schriftlichen Legitimationen versehen.

**Der Hauptvorstand des Verbandes polnisch-katholischer Arbeitervereine der Erzdiözese Gnesen-Posen.**

---

Aus Nr. 132 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 14. Juni 1910:

## Propst in Bromberg

soll durchaus der Geistliche Becker aus Schrimm, ein Deutscher, werden. Die weltliche Behörde soll auf diesem Kandidaten, den selbst die geduldige geistliche Behörde für die Parochie als ungeeignet erachtete, in der 80 % der Gläubigen der polnischen Nationalität angehören, beharren. Über die Angelegenheit soll gegenwärtig in Rom verhandelt werden, aber es ist nicht die geringste Hoffnung vorhanden, daß sich etwas ändern sollte. Dazu sind die deutschen Einflüsse zu groß. Gegenwärtig ist man in unserer Parochie dabei, Protest gegen das Aufdrängen des deutschen Geistlichen zu erheben. Auch wir schließen uns diesem Proteste an, denn wir sind überzeugt, daß die Aufdrängung eines deutschen Propstes unter den Parochianen große Erbitterung hervorrufen muß und damit auch eine Erkaltung der Gefühle der Anhänglichkeit und Treue zur Kirche. Wir sind überzeugt, daß Rom, wenn es wüßte, welche Folgen die Nachgiebigkeit der kirchlichen Faktoren gegenüber dem Deutschtum hervorruft, sicherlich einen anderen Standpunkt einnehmen würde.

Eine schwere Verantwortung harrt vor dem Throne Gottes derer, die aus der heiligen Kirche eine Dienerin der preußischen Regierung machen.

---

Aus Nr. 136 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 16. Juni 1910:

Zakopane, im Juni 1910.

## Das Genesungsheim für Priester in Zakopane.

Der am 27. März 1909 gerichtlich eingetragene unterzeichnete Verein hat in der am 6. Juni 1910 in Zakopane abgehaltenen Generalversammlung, nachdem die früheren Mitglieder der Direktion freiwillig ausgeschieden waren, die Endesunterzeichneten gewählt, die vom k. k. Bezirksgericht in Nowy Sonez am 30. April dieses Jahres in die Register eingetragen wurden.

Die Direktion hat die in Zakopane belegene Besitzung, früher Adasiowka, gegenwärtig Kfienzowka genannt, erworben. Das Gelände ist 1,69,78 Hektar groß.

Das erworbene Haus ist nach den neuesten kulturellen Bedürfnissen eingerichtet. Es besitzt eine Kapelle, einen Lesesaal, einen Erholungsraum mit Klavier und Billard, Speisesaal, Badezimmer, Wasserleitung, Telephon, Briefkasten usw.

Im Hause ist Platz für 50 Geistliche.

Ernstlich kranke Personen werden nicht aufgenommen. Es ist indessen geplant, für diese Personen ein besonderes Sanatorium zu errichten.

Gäste werden vom 15. Juni an aufgenommen. Vereinsmitglieder haben den Vorzug, auch werden ihnen ermäßigte Preise eingeräumt.

Der Aufenthalt im Hause soll in erster Linie der Stärkung der Kräfte und der Erholung dienen. Die Zusammenkunft von geistlichen Brüdern aus unseren verschiedenen Landen wird ihnen aber auch die erwünschte Gelegenheit bieten, sich persönlich kennen zu lernen, gesellschaftliche und freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen und ihre Ansicht über Dinge auszutauschen, die die Geistlichkeit gegenüber den Aufgaben der neuesten Zeit am nächsten berühren.

Bis jetzt zählen wir 472 Mitglieder mit 694 Anteilen aus allen polnischen Diözesen.

Die Einschreibegebühr beträgt 5 Kronen (2 Rubel, 4,25 Mark), der Anteil 50 Kronen.

Nähere Einzelheiten bringen die Prospekte und Statuten; wegen dieser, sowie wegen aller anderen Informationen wolle man sich schriftlich an die Direktion des Vereins wenden.

**Verein**
**„Genesungsheim für katholische Priester in Zakopane"**
Eingetragener Verein mit beschränkter Haftung.

Geistlicher Wawrzyniak,
Kammerherr Seiner Heiligkeit,
Patron der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften,
Leitender Direktor.

Geistlicher Płoszynski. Geistlicher Orzel.

Der Pielgrzym (Pelplin) bringt hierzu in Nr. 69 vom 9. Juni 1910 folgende Notiz:

„Zum Ankauf des Grundstücks hat der Patron der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Prälat Wawrzyniak aus Mogilno 10 000 ℳ gespendet, zunächst als zinsloses Darlehn, später als Geschenk."

---

Aus Nr. 128 des Dziennik Poznański (Posen) vom 7. Juni 1910:

## Die Angelegenheit Bankwitz.

Am 8. März 1910 kaufte Herr Bol. Kowalski das Gut Bankwitz bei Tremessen von dem deutschen Herrn Franke zu einem sehr niedrigen Preise, nämlich 280 ℳ für den Morgen. Herr Kowalski übernahm sofort die Wirtschaft, machte bedeutende Einlagen und gewann die Überzeugung, daß der Boden dankbar sei, nur befand sich die Wirtschaft in einem kläglichen Zustande. Leider erfreute er sich nicht lange des Besitzes von Bankwitz. Das Gut gehörte einst der Regierung, die es im Jahre 1839 an Schlachtmeyer verkaufte und sich das Vorkaufsrecht hypothekarisch eintragen ließ. Die Regierung machte von diesem Rechte keinen Gebrauch, trotzdem das Gut im Laufe der Jahre 19 mal den Besitzer gewechselt hat. Herr Kowalski äußerte beim Kauf Bedenken, ob die Regierung das Recht nicht ausüben werde, sobald er das Gut kaufen würde; aber sowohl der Notar als auch der Verkäufer erklärten, diese Gefahr bestehe nicht. Herr Franke, der bisherige Besitzer, erklärte, nicht bloß er selbst, sondern auch Herr Zaleski aus Hohensalza hätten der Ansiedlungskommission das Gut angeboten; aber die Kommission habe sich geäußert, sie habe kein Interesse daran, es zu erwerben. Angesichts dieser Versicherungen unterschrieb Herr Kowalski den Kontrakt, und er bezahlte alle Kosten und die Stempelgebühren ohne Vorbehalt.

Am 17. Mai 1910 erhält Herr Kowalski die Mitteilung der Ansiedlungskommission, daß sie im Namen der Regierung das Vorkaufsrecht ausübe und in die Rechte des Käufers aus dem Kontrakt eintrete, der erst am 1. April 1910 der Regierung mitgeteilt worden sei. Angesichts der klaren gesetzlichen Vorschriften konnte von Widerstand nicht die Rede sein. Bankwitz ging in die Hände der Kommission über. Nicht ohne allgemeines Interesse zur Würdigung der Tätigkeit der Kommission ist die Art und Weise der Ausübung des Vorkaufsrechts seitens der Regierung. Gleich nach Absendung des Briefes kommt der Vertreter der Ansiedlungskommission nach Bankwitz und verlangt, Herr Kowalski solle mit seiner ganzen Familie Bankwitz binnen 24 Stunden verlassen. Auf die Bemerkung, daß ein so schneller Wechsel geradezu unausführbar sei, daß die Kommission doch auch auf menschliches Empfinden und menschliche Bedürfnisse Rücksicht nehmen und zum Ausfindigmachen einer neuen Wohnung die entsprechende Zeit gewähren müsse, antwortete der Regierungsassessor: „Rücksichten der Menschlichkeit gehen uns gar nichts an; wir gehen nur nach den Paragraphen." Das ist ein merkwürdiger Ausspruch seitens des Vertreters einer Behörde, für die es keine menschlichen Rücksichten gibt, deren Ethik einzig den formellen Paragraphen des Gesetzes kennt. Dieser Ausspruch ist wahrhaft charakteristisch. Die Abnahme hat jedoch Herrn Kowalski noch eine unangenehme Überraschung gebracht.

Die Regierung erstattete ihm zwar die gemachten Einlagen, lehnte aber die Rückerstattung der etwa 7000 ℳ betragenden Kosten des Kontrakts ab. Sie begründete ihren Standpunkt mit der gesetzlichen Vorschrift, daß die Regierung die Kosten nicht zahle, da sie aus Anlaß der Bezahlung dieser Kosten seitens des Herrn Kowalski Vorteile nicht gehabt habe. Kowalski hat jetzt Schwierigkeiten, diese ansehnliche Geldsumme wiedererstattet zu erhalten. Wir führen diese Tatsache an, um die Interessenten für den Fall des Erwerbs eines Gutes, auf welchem das Vorkaufsrecht lastet, zu warnen.

(Der hier belanglose Schluß des Artikels betrifft die Haltung der polnischen Presse dem angeblichen „Landverschacherer" Kowalski gegenüber. Red. d. Gesamtüberblicks.)

---

Aus Nr. 126 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 8. Juni 1910:

Sehr zornig ist auf uns der Seelsorger der hiesigen Deutschkatholiken, Präbendar Ewert, geworden. Und welches war der Grund hierzu? Unser Auftreten unter der Adresse der polnischen Jungfrauen, daß sie nicht dem deutschen Martha-Verein beitreten sollen, wo schon so manche polnische Jungfrau für ihr ganzes Leben vom Deutschtum durchdrungen wurde und für das Polentum verloren gegangen ist.

Unsere Bemerkungen waren in ruhigem Tone gehalten. Wir haben die Sache ganz objektiv berührt und die Gründung eines polnischen Jungfrauen-Vereins nach dem Muster des Martha-Vereins vorgeschlagen, um die Mädchen vor der Germanisierung zu bewahren. Wir behaupten, daß wir hierzu das volle Recht hatten. Wir verstehen also nicht, weshalb der Präbendar Ewert in einer so scharfen Weise auf unser Schreiben losgegangen ist. Augenscheinlich ärgert er sich, daß unsere Aufmerksamkeit so manche polnische Jungfrau von dem „Verein", welcher nur für Deutsche bestimmt ist, zurückhält, denn es wird alles in demselben deutsch abgehalten. Dieser Ärger verrät gleichzeitig, daß es dem Geistlichen, Präbendar Ewert, darum zu tun ist, daß die polnischen Jungfrauen seinem Verein beitreten

und sich dort verdeutschen sollten. Solche Gelüste bei den deutschen Geistlichen sehen wir als eine nicht sehr schöne Tugend an, und wenn der Geistliche Ewert gerecht sein will, dann muß er zugeben, daß wir von unserem Standpunkte aus vollkommen recht hatten, wenn wir besonders die polnischen Eltern gewarnt haben, daß sie ihren Töchtern verbieten sollen, seinem Verein beizutreten. Der Geistliche Ewert sagt, daß der Zweck des Vereins ein sehr schöner sei, denn die Jungfrauen befestigten sich dort in dem katholischen Glauben. Ist denn aber hierzu durchaus das Deutschtum nötig? Soviel wir wissen, kann der Pole auch ohne das Deutschtum selig werden. Die polnischen Jungfrauen können unserem heiligen Glauben treu bleiben, wenn sie auch dem „Martha-Verein" nicht beitreten, um sich dort zu germanisieren.

Polnische Eltern, erlaubt nicht euren Kindern in deutsche Vereine einzutreten, wenn es auch katholische Vereine sind, denn dort müssen sie ihre polnische Seele verlieren.

---

Aus Nr. 5 der Siła (Posen)
vom 10. Juni 1910:

### Moschin.

Am vergangenen Donnerstag morgens ist hier in den Ziegeleien des Herrn M. Perkiewicz und der Frau Taczanowska ein Streik der organisierten Ziegler und Ziegelarbeiter der polnischen Berufsvereinigung ausgebrochen. Wenn man die Gründe des Streiks in Erwägung zieht, muß man bemerken, daß es die höchste Zeit war, daß die interessierten Arbeitnehmer für ihre schwere Arbeit mit Recht für die Erhöhung der Löhne eintraten. Herr Perkiewicz, der einst selbst Arbeiter war, kann heute die Arbeit des armen Arbeiters und den vergossenen Schweiß nicht schätzen. Es scheint aber, daß er es nicht will, denn es ist unmöglich, daß er nach einigen Jahren vergessen haben sollte, daß er selbst in einer nicht allzu angenehmen Lage war. Herr Perkiewicz hat heute ohne Gewissensbisse seinen verheirateten Arbeitern mit 4 Kindern wöchentlich sogar 81 Pf., wörtlich: Einundachtzig Pfennige, 1,00 ℳ, 1,57 bis 3,20 ℳ usw. ausgezahlt, welches die Lohnzettel beweisen.

Es sind auch Fälle vorgekommen, daß Mädchen vom Karfreitag zu Sonnabend bis 1 Uhr nachts und vom Ostersonnabend zum Ostersonntag bis 2 Uhr nachts gearbeitet haben, so daß jene Mädchen, die wöchentlich 90 Arbeitsstunden hatten, 5,88 ℳ erhalten haben. Und da sie nach 2 Uhr nachts nicht mehr arbeiten wollten, wurde ihnen von dem großen Verdienst noch eine Mark abgezogen. Es verblieben also 4,88 ℳ, oder pro Stunde $2^1/_4$ Pfennig. Wo ist hier das Gewissen? In beiden Ziegeleien haben insgesamt 300 Personen die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter aus der Umgegend und den fernen Orten werden ersucht, in den Ziegeleien, über welche der Streik verhängt ist, keine Arbeit zu übernehmen und den gerechten Kampf um das tägliche Brot der armen arbeitenden Mitbrüder nicht zu erschweren.

## Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 4/5 des Gryf (Berent)
vom April-Mai 1910:

Ein

**„Die Germanisierung der Kaschubei"**

überschriebener Artikel endet, wie folgt:

Das kaschubische Land germanisiert sich nicht in einem derartig schnellen Tempo, wie die kaschubischen Städte — unter Berücksichtigung der zweisprachigen Personen. Aber bedeutendere Orte, die einen gewissen Mittelpunkt der Umgegend darstellen, üben einen ebenso übermäßigen Germanisierungseinfluß auf die Kaschuben aus, wie die Städte.

Was beweisen die angefügten Zahlen der zweisprachigen Personen in der Kaschubei? Sie beweisen, daß sich die Kaschubei schneller verdeutscht, wie die angrenzenden polnischen Gegenden. Und das geschieht namentlich in den Mittelpunkten des öffentlichen Lebens, wo sich das Deutschtum am meisten aufdrängt, sowie in den Städten und bedeutenderen Dörfern. Im allgemeinen germanisiert sich das Land in der Kaschubei weniger, als die Städte, nur die Bevölkerung des Kreises Neustadt unterliegt der Germanisierung in außergewöhnlich hohem Maße. Hier läßt sich der Einfluß des nahen Danzig, der deutschen Kirchenverwalter, der „Arbeitervereine" usw. erkennen. Angesichts dessen tritt die Notwendigkeit auf, in der Kaschubei ein starkes kulturelles Zentrum zu schaffen. Seiner Lage nach, mitten zwischen dem nördlichen und südlichen Teil der Kaschubei, eignet sich am besten Berent dazu. Von dort aus müssen in Putzig, Neustadt, Zoppot, Danzig, Karthaus und Bruß starke Herde der kaschubisch-polnischen Aufklärung und Kulturgeschaffen werden. Aufgabe dieser Wachtposten würde die Aufklärung des kaschubischen Volkes dahin sein, daß die Kaschubei nur in Verbindung mit der polnischen Idee wiedergeboren werden kann. Der beste Beweis des Verständnisses für die kaschubischen Angelegenheiten wäre, wenn die Kaschuben in Zukunft bei der Volkszählung nicht „deutsch und kaschubisch", sondern **„polnisch und kaschubisch"** angeben würden.

---

Aus Nr. 127 der Gazeta Torunska (Thorn)
vom 7. Juni 1910:

### Der Nationalrat begraben.

Das „Polnische Zentralwahlkomitee für das deutsche Reich" hat am vorigen Donnerstag das Projekt zur Schaffung eines Nationalrates, von dem wir seinerzeit Mitteilung machten, verworfen, da es die Tätigkeit der höchsten Behörde für alle nationalen, sozialen und politischen Angelegenheiten selbst zu übernehmen beabsichtigt.

Wir bezweifeln nur, ob das „Polnische Zentralwahlkomitee" solches Gehör in der Gesamtheit finden wird, auf das der „Nationalrat" hätte rechnen können.

---

Aus Nr. 128 der Gazeta Torunska (Thorn)
vom 8. Juni 1910:

### Eine polnische Statistik.

Während der letzten Diskussion im preußischen Landtage über die Denkschrift der Ansiedlungskommission, hat der Regierungsvertreter Landwirtschaftsminister v. Arnim mit Zahlen einer amtlichen Statistik operiert, die einen ungeheuren Zuwachs polnischer Grundstücke zum Schaden der Deutschen nachwiesen. Diese Zahlen wären für die Polen im Posenschen ein äußerst lobenswertes Zeugnis ihrer erfolgreichen Abwehr des Germanisierungsansturms, aber für die über jeden einzelnen Verkauf von Grund und Boden informierten polnischen Abgeordneten war diese Tatsache nur eine Bestätigung

der begründeten Vermutung, daß die Regierung die statistischen Zahlen so fabriziert, wie es ihr gelegen ist, um die Wirksamkeit der Tätigkeit der Ansiedlungskommission oder das Bedürfnis der Bewilligung neuer antipolnischer Fonds zu begründen.

Infolgedessen ist der Gedanke aufgetaucht, **auf Grund der Hypothekenbücher** eine eigene polnische Statistik über den Grundbesitzwechsel seit dem Übergang der Provinz Posen in preußische Herrschaft aufzustellen. Eine solche Statistik würde ein Werk von erstklassiger politischer Bedeutung sein, denn es würde den polnischen Abgeordneten Material liefern, auf Grund dessen sie in jedem Falle Übertreibungen und tendenziösen Zusammenstellungen der Regierung entgegentreten könnten.

Unter den polnischen Abgeordneten herrscht, wie der Gazeta Warszawska aus Berlin mitgeteilt wird, die Meinung vor, daß sich an die Spitze eines derartigen Unternehmens der Posener Verein der Freunde der Wissenschaften stellen müßte, also eine Institution, deren Autorität und quellenmäßige Bearbeitung niemand, auch nicht einmal die preußische Regierung, in Zweifel zu ziehen wagen würde.

Die Aufstellung einer derartigen Statistik würde außer Zeit auch eine gewisse Summe Geldes erfordern; es ist aber wohl zweifellos, daß sich zu einem derartigen Zweck Mittel aus der sozialen Opferwilligkeit finden würden.

---

Aus Nr. 66 der Gazeta Olsztynska (Allenstein) vom 7. Juni 1910:

## „Wieviel Polen leben in Ermland"

überschreibt sich ein längerer Artikel der Gazeta Olsztynska, in dem es nach einer Kritik des Ergebnisses der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 für Ermland unter anderem heißt:

Wenn wir alle vorerwähnten Zahlen zusammenzählen, so ergibt sich, daß es in Polnisch-Ermland insgesamt 47 500 Polen gibt. Die Zahl ist ja nicht groß, doch es muß berücksichtigt werden, daß die Zahl der polnischen Bevölkerung niemals höher gewesen ist. Vor 50 Jahren ist die Bevölkerung des Kreises Rössel (Adolf Schott, Übersicht des Regierungsbezirks Königsberg 1861) auf 41 879 berechnet worden, von welcher der sechste Teil, also ungefähr 7000 (heute 7800 auf 50 390) polnisch gewesen sein soll. Im Kreise Allenstein betrug vor 50 Jahren die Bevölkerung 45 413, von der $^2/_3$, also 30 000 (heute beinahe 40 000 auf 85 625) polnisch gewesen sein soll. Die damalige Statistik war noch weniger glaubwürdig, als die heutige.

Ein Vergleich dieser Zahlen zeigt, daß das Polentum in Ermland zwar nicht sehr abgenommen, aber auch nicht bedeutend zugenommen hat, während sich das Deutschtum im Kreise Allenstein sehr gehoben hat. Uns standen keine Mittel zu Gebote, die Vermehrung des Deutschtums in Allenstein aufzuhalten. Aber in unseren Kräften liegt es, dafür zu sorgen, daß sich in Zukunft das Polentum gut entwickele, damit wir in 50 Jahren wiederum feststellen können, daß die Zahl der Polen in Ermland nicht abgenommen, sondern vielmehr bedeutend zugenommen hat. Doch in keinem polnischen Landesteil besteht soviel Saumseligkeit und Gleichgültigkeit für nationale Sachen, wie bei uns in Ermland. Die Jugend liebt es häufig schwäbisch zu schnattern, und die Alten? Erfüllen sie ihre Pflichten? Lehren die Eltern ihre Kinder polnisch lesen und schreiben? Für gewöhnlich nicht. Es können sehr viele polnische Kinder nicht polnisch lesen. O ihr Eltern, denket daran, daß diese Kinder einst ihre polnischen Eltern verleugnen werden, daß sie sich eurer schämen und euch „dumme Pollaken" nennen werden. Polnische Eltern! Ihr habt noch zum größten Teil in der Schule polnisch lesen und schreiben gelernt, heute lehrt man in der Schule unsere Kinder eine fremde Sprache schnattern. Denket also daran, daß es eure Pflicht ist, die Kinder polnisch schreiben und lesen zu lehren, denn nur dann werden wir vertrauensvoll in die Zukunft blicken können, nur dann wird niemand das Polentum aus Polnisch-Ermland verdrängen können, und nur dann wird sich das polnische Gebet und der polnische Gesang immerfort über unserem teuren Lande erheben.

---

Aus Nr. 68 der Gazeta Olsztynska (Allenstein) vom 11. Juni 1910:

## Aufruf an die polnischen Wähler in Ermland.

Liebe Landsleute!

Ihr wißt, daß infolge des Ablebens des Landtagsabgeordneten unseres Wahlkreises, Herrn Richters Griehl, uns bald eine Landtagsersatzwahl bevorsteht. Der Termin für die Ersatzwahl ist zwar noch nicht bekannt gemacht worden, das hindert aber nicht, euch schon vorher über die Wichtigkeit dieser Wahlzeit zu belehren und zu erklären, um was es sich uns Polen in Ermland in der gegenwärtigen Lage bei den Landtagswahlen hauptsächlich handelt.

Es ist bekannt, daß infolge des dreiklassigen öffentlichen Wahlsystems, welches sogar Bismarck als das „elendeste" aller Wahlsysteme genannt hat, bedeutend weniger polnische Stimmen abgegeben werden, als bei der geheimen Zettelwahl zum Reichstag. Außerdem spielen eine nicht unwichtige Rolle dabei: die Verdummung des polnischen Volkes durch unsere Gegner, ihre künstliche Hineinziehung in ihr Lager und die Erniedrigung alles dessen, was polnisch ist. Darum ist die Durchbringung eines von den polnischen Wahlbehörden aufgestellten polnischen Abgeordneten aus eigener Kraft zum mindesten sehr zweifelhaft. Auf eine Hilfe von seiten des Zentrums zu rechnen, hieße sich auf den Wind stützen. Vorläufig ist weder von polnischer noch von der Zentrumsseite aus, irgend ein offizieller Beschluß hinsichtlich des Kandidaten oder der Stellungnahme bei der Abstimmung gefaßt worden. Das wird erst nach Bekanntgabe des Wahltermins erfolgen. Wir haben auch das Vertrauen zu euch, lieben Brüder, daß ihr seinerzeit gemäß dem Befehl der Wahlbehörden eure nationale Pflicht erfüllen werdet.

Aber die Wahlzeit hat für uns Polen in Ermland noch eine viel weittragendere Bedeutung! Es ist bekannt, daß durch Annahme des Gesetzes über das Verbot der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen seitens des berühmten Bülow-Blocks, den Polen in Ermland der Mund verschlossen ist. Nur einzig und allein während der Reichs- und Landtagswahlen dürfen wir Polen in Ermland in öffentlichen Versammlungen uns frei der polnischen Sprache bedienen, unsere Schmerzen und Klagen in dieser Sprache vorbringen.

Darum wird auch das polnische Wahlkomitee, soweit es die Kräfte und Umstände erlauben, dafür sorgen, daß möglichst in jedem größeren Dorfe eine polnische Wählerversammlung veranstaltet werde, um mit dem lebendigen Wort zu agitieren und den polnischen Geist unter den polnischen Ermländern zu erwecken.

Das Komitee wird sich auch bemühen, einige Abgeordnete zu gewinnen, welche in diesen Versammlungen sprechen werden.

Landsleute! Wir haben schon seit zwei Jahren keine polnischen Versammlungen in Ermland gehabt! Es nähert sich die kurze Spanne Zeit, in der wir in den Versammlungen wieder werden reden können, „wie uns der Schnabel gewachsen ist!" Sorget dafür, daß in jedem Dörflein eine Versammlung zustande kommt und daß sie so zahlreich wie möglich besucht wird.

Die Wählerversammlungen können, wenn der Gasthof dazu nicht hergegeben wird, in jedem größeren Zimmer, wie man sie bei den Wirten antrifft, in leeren Scheunen und letzten Endes unter freiem Himmel, auf der Wiese, auf dem Felde, oder auf einem geräumigen Hof abgehalten werden.

Mögen daher diejenigen Landsleute, und besonders die von niemandem abhängigen Wirte, in deren Hause, Scheune oder Hofe bzw. auf deren Felde Wählerversammlungen abgehalten werden können, dem Komitee ihre Adresse mitteilen, damit wir uns den Ort usw. ansehen können, um nachher, wenn der Wahltermin bekannt gegeben ist, keine Zeit zu verlieren. Zu dieser Arbeit fordern wir alle Landsleute auf und hoffen, daß sie uns ihre Hilfe nicht versagen werden, denn diese Arbeit ist wichtig und lobenswert.

Zum Schluß wenden wir uns an die Opferwilligkeit aller polnischen Wähler in Ermland, aber auch der Landsleute außerhalb Ermlands und bitten, einige Groschen für die Wahlagitation zu opfern, denn das ist ein Opfer, welches wir auf dem Altar unseres polnischen Vaterlandes niederlegen!

**Das polnische Wahlkomitee für Ermland.**
**Wl. Pienieznny**, Vorsitzender.

---

## Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 131 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 11. Juni 1910:

### Die Polen und die Erhöhung des Gehalts des Königs.

Im Anschluß an die Wiedergabe der von dem Prälaten von Jazdzewski in dieser Angelegenheit in der Budgetkommission abgegebenen Erklärung schreiben die Korfanty-Blätter:

Die polnische Fraktion befand sich wirklich in einer schwierigen Lage. Einerseits mußte sie mit der öffentlichen Meinung des Landes rechnen, dessen Allgemeinheit sich mehr vom Gefühl als vom Verstand leiten läßt, andererseits mußte sie die staatlichen Verhältnisse und den Charakter des Monarchen berücksichtigen. In Preußen haben wir kein parlamentarisches Regime, und der Einfluß des Herrschers auf das Geschick des Staats und auf dessen Bürger ist übermächtig, dieser Einfluß ist desto größer, je tatkräftiger und regsamer der Herrscher ist. Der Charakter Wilhelms II. ist nur zu gut bekannt, sein allzu heißblütiges Temperament hat sich manchmal besonders auch uns Polen fühlbar gemacht. Für die kleine Handvoll Polen tritt niemand aufrichtig ein, als Partei sind sie in Preußen stets dazu verurteilt, eine kleine Partei zu bleiben. Um so vorsichtiger müssen sie operieren, wenn es sich besonders um rein persönliche Angelegenheiten eines so heißblütigen Monarchen handelt, wie Wilhelm II. ist, der solche Angelegenheiten persönlich auffaßt. Diese Rücksichten im Auge habend und die Bürde der Verantwortung fühlend, beschloß die Fraktion, für die Erhöhung des Gehalts zu stimmen, zugleich aber auch dem Monarchen deutlich zu sagen, wie die polnische Volksgesamtheit sein Regime beurteilt. Prälat Jazdzewski tat dies in seiner Erklärung. Man kann in dieser Angelegenheit verschiedener Meinung sein, aber die von der Fraktion angeführten Gründe sind zu gewichtig, als daß man sie geringschätzen könnte. Dann aber hat die Sache aber eine gewisse Lichtseite. Wenn sogar der König über die herrschende Teuerung klagen muß — unseres Erachtens hat er übrigens ganz ausreichende Einkünfte — so können die armen Volksschichten, insbesondere aber die Arbeiter, mit um so größerem Recht eine Verbesserung ihres Daseins verlangen, denn die Teuerung macht sich besonders dem armen Volke fühlbar.

---

Aus Nr. 134 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 15. Juni 1910:

### Falsche Politik.

In Sachen der Erhöhung des Gehalts des Königs haben wir unseren Standpunkt schon früher betont. Wir sind und waren der Ansicht, daß eine Erhöhung des Gehalts für den König nicht notwendig ist, und wenn es sich um die politische Taktik handelt, so ist die von dem konservativen Teil der Fraktion angewandte Taktik falsch und demoralisierend. Dies ist die allgemeine Anschauung unter den polnischen Wählern. Unparteiisch sein wollend, führten wir in einer der letzten Nummern die Beweggründe an, von denen sich die konservativversöhnlichen Abgeordneten für die Erhöhung des Gehalts des Königs leiten ließen.

In dieser Angelegenheit erhalten wir von einem angesehenen Bürger folgende Bemerkungen:

„Die Stellungnahme der Landtagsfraktion in Sachen der Erhöhung des Gehalts des Königs hat der ganzen Volksgesamtheit eine unangenehme Überraschung bereitet. Niemand hätte erwartet, daß ein Teil der polnischen Abgeordneten für die Erhöhung des Gehalts des Königs stimmen werde. Es kommt hier gar nicht darauf an, ob die Erhöhung des Gehalts des Königs notwendig ist oder nicht, die Polen sollte diese Angelegenheit überhaupt nichts angehen. Die polnische Fraktion ist eine nationalpolnische Fraktion, sie hat alle unsere polnischen Interessen zu hüten und wahrzunehmen, uns gegen unbillige Angriffe zu verteidigen, auf die uns geschehenden Unbilden hinzuweisen, aber in rein deutsche Angelegenheiten dürfte sie sich grundsätzlich nicht einmischen. Mögen die Deutschen ihre nationalen Angelegenheiten in ihrer Mitte erledigen. Ich verstehe, daß alle polnischen Abgeordneten wohl erwogen haben, was zu tun sei, und daß sie vor allem damit gerechtnet haben, daß die Stellungnahme in dieser Angelegenheit ein gewisses Echo bei Wilhelm II. hervorrufen kann, dessen den Polen abgeneigte Gesinnung gar kein Geheimnis ist. Offenbar fürchteten die konservativen polnischen Abgeordneten, daß Kaiser Wilhelm über die Polen in Zorn geraten und sie enteignen lassen werde; die konservativen Abgeordneten aber sind diesen Befürchtungen unterlegen, haben allzu wenig nationale Würde an den Tag gelegt und schließlich eine unkluge politische Taktik erwählt. Die Gesinnung der polnischen Allgemeinheit müssen sie doch kennen, und sie hätten damit rechnen müssen, daß diese polnische Allgemeinheit gegen eine solche Stellungnahme Einspruch erheben wird. Und so geschah es auch. Die ganze polnische Presse protestiert leidenschaftlich gegen die Fraktion, in den Versammlungen aller unserer Vereine bespricht man diese Angelegenheit, nimmt man Entschließungen an und verurteilt scharf den konservativen Teil der Fraktion.

Wenn es den konservativen Abgeordneten darauf ankam, durch ihre Stellungnahme Wilhelm II. nicht zu reizen, hätten sie damit rechnen sollen, daß die Entrüstung, die im Land entstehen wird, die Deutschen und insbesondere Wilhelm II. noch in höherem Grade reizen müsse. Den gewünschten Zweck haben also die Konservativen nicht erreicht, sie werden vielmehr durch ihre politische Taktik die Deutschen noch viel mehr erbittern, denn es ist unmöglich, das Empfinden der Volksgesamtheit zu ersticken, damit es nicht in die Erscheinung tritt. Der einzige Zweck, den diese Abgeordneten durch diesen Standpunkt erreichten, sind wiederum Verwirrung im Land, Zwistigkeiten, Unzufriedenheit und Schwächung der Kreise der Volksgesamtheit, äußerlich aber eine Beleidigung der nationalen Würde und der Spott der Fremden.

Die Regierung hat mit dem Enteignungsgesetz leider bis zu einem gewissen Grade ihren Zweck erreicht, denn die Drohung mit der Enteignung demoralisiert unsere Volksgesamtheit und insbesondere kleinmütige Leute, die nur oft vergessen, daß die Preußen polenfeindliche Politik nicht deshalb treiben, weil wir in politischer Hinsicht so oder so gesonnen sind, sondern weil sich die Regierung von der preußischen Staatsraison leiten läßt. Ihre Berufung auf die politische Haltung der Polen ist nur das Bemühen, ihrer polenfeindlichen Politik den Schein der Berechtigung zu geben."

Unser Korrespondent hat recht, und wir müssen ihm in jeder Beziehung beipflichten.

---

In der gleichen Angelegenheit schreibt die Gazeta Opolska (Nr. 68 vom 14. Juni 1910):

Kann man sich mit einem solchen Verhalten des Prälaten von Jazdzewski einverstanden erklären? Wenn es sich um den Gegenstand, d. i. um das Geld, handelt, so wäre es in diesem Falle gleichgültig, ob die Polen diesen oder jenen Standpunkt eingenommen haben, weil die Bewilligung oder Nichtbewilligung der Zivilliste von ihren Stimmen gar nicht abhing. Ihre Stimmen waren durchaus nicht entscheidend.

Wenn es sich aber um eine grundsätzliche Stellungnahme handelte — und darum handelte es sich doch — so hätte Prälat Dr. v. Jazdzewski samt seinen Kollegen gegen die Zivilliste des preußischen Königs stimmen oder wenigstens sich der Abstimmung enthalten müssen. Denn der preußische Landtag ist ja gerade diejenige gesetzgebende Körperschaft, welche alle polenfeindlichen Gesetze beschließt, deren jedes der preußische König unterzeichnet, wodurch er unzweideutig zu verstehen gibt, daß er gegen die Polen, gegen die Erhaltung ihrer Nationalität ist.

Übrigens sollen bei den Vorberatungen der Parteien betreffend die Zivilliste des preußischen Königs weder die polnische Partei noch die Sozialdemokraten befragt worden sein, welches ihre Ansicht hinsichtlich dieser neuen Ausgabe ist. Man wußte, daß man sich ohne diese Parteien begehen wird, weil die Zivilliste sowieso werde bewilligt werden.

Prälat Dr. Jazdzewski nahm in dieser Angelegenheit nicht nur einen versöhnlichen Standpunkt ein, denn eine Versöhnung wird mindestens auf Grund beiderseitiger Zugeständnisse eingegangen, sondern sein Standpunkt war sogar demütigend loyal, blind knechtisch, ein Standpunkt, der nach dem, was bisher gegen die polnische Volksgesamtheit unter der mehr oder weniger deutlichen Devise „ausrotten" getan wurde, einzig und allein Spott und mitleidiges Lächeln, statt Gegenliebe erwarten läßt.

Schließlich ist die bei dieser Gelegenheit ausgesprochene Berufung auf die Worte „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist" im Sinne der hl. Schrift durchaus nicht am Platze. Denn dem Prälaten Dr. v. Jazdzewski ist es doch sehr wohl bekannt, daß die polnische Bevölkerung auch, ohne für die Erhöhung der an sich schon hohen Zivilliste zu stimmen, in vielerlei Weise „dem Kaiser gibt, was des Kaisers ist". Es muß aber auch daran gedacht werden, daß der polnischen Bevölkerung gegeben werde, was ihr gebührt! . . .

---

Aus Nr. 132 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 12. Juni 1910:

## Unerhörte Hetzen gegen den hl. Vater

veranstalten gegenwärtig die evangelischen und freimaurerisch-jüdischen Zeitungen anläßlich der zu Ehren des hl. Karl Borromäus erlassenen Enzyklika. Die Feinde der katholischen Kirche und des hl. Vaters beschimpfen und schmähen den hl. Vater in schamlosester und ehrlosester Weise. Und weshalb denn? Weil der hl. Vater in seiner Enzyklika die Abtrünnigen der Kirche, wie es Luther und alle sogenannten „Reformatoren" waren, verurteilt. Man zürnt dem hl. Vater wegen der wahren Worte, die er in seiner Enzyklika geäußert hat. Aber wir wissen ja, daß es unangenehm ist, die Wahrheit zu hören. Aber Wahrheit bleibt einmal Wahrheit, und wenn sie den Evangelischen und verschiedenen anderen Feinden unseres hl. Glaubens noch so wenig gefiele, die Kirche wird diese Wahrheit stets verkünden und weder die Pastoren, noch die freimaurerischen Juden, noch ihre anderen Gegner danach fragen. Und gerade die Evangelischen wünschen es in ihrem unerhörten Dünkel und Hochmut sehr, dem hl. Vater zu befehlen. Denn was ist dies anderes, wenn nicht, da verschiedene lutherische Schlauköpfe Lärm schlagen, der Wunsch, daß sich der hl. Vater, bevor er die Enzyklika erließ, über die Verhältnisse in Deutschland hätte unterrichten sollen. Der hl. Vater soll also die Pastoren fragen, was für eine Enzyklika er erlassen soll? Ein unerhörter Dünkel! Ist denn der Protestantismus heilig, unantastbar? Angesichts der katholischen Kirche ist er eine Häresie, eine Ketzerei; die katholische Kirche, der hl. Vater müssen ihn, müssen seinen Gründer verurteilen. Die Lutheraner schlagen Lärm, der hl. Vater habe durch seine Enzyklika den konfessionellen Frieden gestört. Es ist interessant, wie die Lutheraner diesen Frieden verstehen. Sie fordern von den Katholiken, daß diese den Ketzer Luther und andere Ketzer verehren und ihnen Weihrauch streuen sollen. Ein solcher Friede kann zwischen den Protestanten und Katholiken niemals eintreten. Übrigens fordern sie diesen Frieden nur für sich; denn die katholische Kirche und vor allem ihr Oberhaupt erfreuten und erfreuen sich dieses Friedens seitens der Lutheraner niemals. Gehört doch die schamloseste Beschimpfung der katholischen Kirche auf die Tagesordnung manches Evangelischen. Ein Beweis hierfür ist, daß die Evangelischen sogar eine Kampfesorganisation gegründet haben, die den einzigen Zweck hat, die katholische Kirche zu verunglimpfen und auszurotten. Denn was ist jener berüchtigte evangelische Bund, der alljährlich Versammlungen, in denen gegen den Katholizismus, seine Würdenträger und Einrichtungen gehetzt wird, und unerhörte Treibjagden gegen Rom und den Papst veranstaltet? Uns Katholiken gibt man also keine Ruhe, für sich fordert man sie aber. Und wie gehen sie gegenwärtig vor? Die Evangelischen schreien, ihr Luther und die Reformatoren seien beschimpft worden, und was machen sie jetzt mit unserem hl. Vater? Der hl. Vater hat die Protestanten

nicht geschmäht, niemanden genannt und nur die Geschichte der Reformation ein wenig gestreift. Dagegen schmähen die Evangelischen den hl. Vater in schamloser Weise, und sie schreien fortwährend, der hl. Vater habe den konfessionellen Frieden gestört, was sie doch selbst tun. Ist denn etwas anderes die Einberufung von Versammlungen der Evangelischen, die in unschöner Weise gegen die Enzyklika des hl. Vaters protestieren, welche sie nichts angeht, weil die Enzyklika ein an die Bischöfe gerichtetes und somit rein kirchliches Schreiben ist? Ein solches Einmischen der Evangelischen in unsere kirchlichen Angelegenheiten verbitten wir Katholiken uns entschieden.

Natürlich haben auch manche oberschlesische freimaurerische und protestantische Zeitungen ihre Nase in diese Angelegenheit hineingesteckt. Vor allem ist die Beuthener Grenzzeitung, die den Freimaurern nahe steht — man weiß nicht, aus welchem Grunde — für die Protestanten eingetreten und steht in den Schmähungen des hl. Vaters an der Spitze. Sie drückt sich aus, die Enzyklika des hl. Vaters sei ein „Gegeifer", der Vatikan (hl. Vater) habe eine „Pöbelhaftigkeit" begangen usw. So unverschämt äußern darf sich ein Blatt, welches unter einer rein katholischen Bevölkerung lebt. Auf diese Weise wagt es zu beleidigen und den religiösen Frieden des katholischen Volkes zu stören, von dem es vorwiegend lebt. Katholiken, findet ihr nicht die passendste Antwort auf eine solche Verunglimpfung? Werdet ihr noch weiter so unklug sein und ein so unverschämtes heidnisches Wischblatt unterstützen? Fort mit ihm und mit den ihm ähnlichen Blättern aus euren Häusern. Wer nur noch ein wenig katholisches Gefühl hat, werfe dieses antikatholische Unkraut aus seinem Hause hinaus, sonst macht er sich zum Verräter der katholischen Sache.

---

Aus Nr. 130 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 10. Juni 1910:

## Pflichterfüllung.

Der Abgeordnete Pfarrer Kapitza zürnt offenbar ganz Polen, weil es seine Politik nicht anerkennen und seinen Weisungen nicht folgen will. Seit Monaten, d. i. seit Januar, ließ er sich nämlich im preußischen Landtage überhaupt nicht sehen, obgleich es sich um höchst wichtige Angelegenheiten handelte. Es fand eine ganze Reihe von Abstimmungen über die Wahlreform statt, und die polnische Fraktion schrieb nicht nur, sondern ihr achtbarer Vorsitzender, Prälat v. Jazdzewski telegraphierte sogar an Kapitza. Aber dieser antwortete auf alle Bombardements mit Schweigen und beehrte einen achtbaren Greis, wie es Prälat v. Jazdzewski, ist, nicht einmal mit einer Antwort auf einer Postkarte. So krank war Pfarrer Kapitza nicht, daß er nicht einmal schreiben konnte, denn er hält nicht bloß seit Monaten Andachten ab, sondern man sieht ihn sogar in Kattowitz und Beuthen, wo er offenbar mit Herrn Napieralski Beratungen zu haben pflegt. In den Landtag kann er jedoch eine Reise nicht antreten. Die polnische Landtagsfraktion ist so arm an Männern, die in den Kommissionen und im Plenum arbeiten können, daß eine solche Geringschätzung seines Mandats, wie sie sich Pfarrer Kapitza zuschulden kommen läßt, einen doppelt strengen Tadel verdient. In der polnischen Fraktion herrscht denn auch nur ein einziger einmütiger Ausdruck der Entrüstung über diese geringschätzige Behandlung der Sache, der Fraktion und ihres Vorsitzenden durch Pfarrer Kapitza. Bis jetzt gab es in der polnischen Fraktion noch keinen solchen Abgeordneten, wie Pfarrer Kapitza ist. Kein Wunder also, daß die polnische Fraktion Pfarrer Kapitza aufgefordert hat, er möge, wenn er seinen Pflichten nicht nachkommen will, sein Mandat niederlegen, und die Wähler mögen an seine Stelle einen anderen gewissenhafteren Abgeordneten wählen. Darauf antwortete Pfarrer Kapitza, er sei körperlich und geistig so krank, daß ihm der Arzt sogar die Reise nach Berlin zur letzten Abstimmung in Sachen der Wahlreform verboten habe. Die körperliche und geistige Krankheit stört jedoch den Pfarrer Kapitza durchaus nicht, im Kutschwagen im Kreise herumzufahren, nach Beuthen und Kattowitz zu reisen. Ja, in derselben Zeit, als er von seiner Krankheit schrieb, gründete er sogar in Tichau eine Genossenschaft, so eine Art Rolnik, und hielt bei dieser Gelegenheit eine lange Rede. Diese Tatsachen stimmen sonderbarerweise mit dem Schreiben des Pfarrers Kapitza nicht überein. Pfarrer Kapitza bewarb sich um das Mandat einzig zu dem Zwecke, um die Radikalen zu erwürgen, so drückte er sich vor den Zentrumsleuten aus, und diese waren darüber höchst erfreut und ermunterten ihn, daß er nur in der polnischen Fraktion bleiben möge, denn dort sei er den Zentrumsleuten nützlicher, als wenn er in der Zentrumspartei säße. Er nahm auch den Kampf mit den Radikalen sofort auf, aber er verlor ihn vollständig, und alle erkannten sofort seinen „politischen Verstand". Infolge dieser Unterschätzung seines großen politischen Verstands durch die Volksgesamtheit, ist Pfarrer Kapitza offenbar über ganz Polen in Zorn geraten und übt sein Mandat nicht aus. Das scheint die einzige Ursache seiner Handlungsweise zu sein. Wenn dem aber so ist, so sollte Pfarrer Kapitza daraus die Schlüsse ziehen und sein Mandat niederlegen, damit die polnische Fraktion einen Abgeordneten bekäme, der seine Pflichten erfüllt.

---

Aus Nr. 132 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 12. Juni 1910:

## Hetzjagden der oberschlesischen Polizei.

Wir haben schon wiederholt festgestellt, daß die oberschlesische Polizei aus nichtssagenden Gründen ihre Genehmigung zur Abhaltung von Versammlungen versagt. Die Polizei entschuldigt sich überwiegend damit, sie könne Versammlungen deshalb nicht genehmigen, weil das polnische Volk in Schlesien zur Trunksucht und zu Raufereien geneigt sei, angesichts dessen es in einer solchen Versammlung zu Ausschreitungen kommen könnte.

Gegenwärtig überzeugen wir uns jedoch, daß die oberschlesische Polizei auch polnische Vergnügungen auseinandertreibt, ohne Angabe der Gründe Theatervorstellungen nicht genehmigt, obgleich das Reichsgesetz ausdrücklich vorschreibt, daß die Polizei die Gründe jedweden Verbots angeben m u ß.

---

So geschah es mit einer Vorstellung in Schwientochlowitz, wo die Polizei ohne Angabe des Grundes eine am vorigen Dienstag von dem dortigen Gesangverein Moniuszko veranstaltete Theatervorstellung verboten hat. Offenbar umgeht die preußische Polizei das deutsche Gesetz gern, und sie tut es deshalb gern, um das Deutschtum vor unschuldigen polnischen Vergnügungen zu bewahren. Das preußische Vaterland ist gerettet! Die Schwientochlowitzer Polizei trieb ein Vergnügen auseinander, welches in ganz geschlossenem Kreise stattfinden sollte, d. h. in dem Saal befanden sich ausschließlich Vereinsmitglieder und deren nächsten Verwandten, wie Bruder, Schwester, Vater und Mutter.

Die Polizei konnte sich davon genau überzeugen, denn es wurde eine doppelte Kontrolle ausgeübt, die eine an der Tür, die zweite noch genauere im Saale. Die Gendarmen selbst sahen dieser Kontrolle zu, und sie konnten sich persönlich von der Wirklichkeit des geschlossenen Personenkreises überzeugen. Trotzdem untersagte der Herr Amtsvorsteher die Aufführung des Stückes „Obrona Czenstochowy" (Verteidigung Czenstochaus). Wie man uns unterrichtet, soll sich die Polizei gegenüber Mitgliedern des Vereins Moniuszko geäußert haben, sie könne das Vergnügen deshalb nicht genehmigen, weil im Kurjer Slonski Berichte über ähnliche Vorstellungen in anderen Orten veröffentlicht gewesen seien. Wir wissen nicht, wie weit dieses Gerücht wahr ist. Wenn aber die Polizei ihren Mißbrauch der Befugnis wirklich in dieser Weise deutet, so ist diese Deutung sehr unbeholfen und dazu berechnet, das polnische Volk dem Kurjer Slonski abspenstig zu machen. Eine Dummheit überhaupt ist eine Entschuldigung, daß, weil ein Blatt einen Bericht über ein Vergnügen in einem gewissen Ort bringt, dieser Bericht die Veranstaltung eines Vergnügens in einem anderen Ort unmöglich macht. Der Herr Amtsvorsteher übersendet ein Exemplar des Stückes „Verteidigung Czenstochaus" an den Landrat, der, so weit uns bekannt ist, das Vergnügen nicht genehmigte.

Auch die Kattowitzer Polizei ist nicht viel besser vorgegangen. Sie genehmigte nämlich nicht die Veranstaltung von zwei Vorstellungen am Mittwoch und Donnerstag. Die Kattowitzer Polizei gab wenigstens — das muß man ihr lassen — die Gründe des Verbots an. Ob die angegebenen Gründe stichhaltig sind oder nicht, ist eine andere Sache. Diese Angelegenheit muß das Gericht entscheiden. Die Kattowitzer Polizei erklärte, die Vergnügungen am Mittwoch und Donnerstag seien nicht geschlossene Kreise gewesen, weil sie veranstaltet worden seien: das erste von drei Filialen der Polnischen Berufsvereinigung, das zweite von drei Sokolvereinen; überdies hätten an ihnen einige Personen aus Posen teilgenommen. Man muß sich wundern, daß die Polizei, welche für das Geld der Bürger unterhalten wird, Schwierigkeiten macht, wenn sich Leute in geschlossener Gesellschaft vergnügen wollen.

---

Aus Nr. 129 des Kurjer Sląski (Kattowitz) vom 9. Juni 1910:

### Verbotene Versammlung.

Arbeiter aus Brzezina wollten am Sonntag, den 12. d. M., nachmittag bei Herrn Prochacki eine Versammlung veranstalten, um sich gegenseitig in Arbeiterangelegenheiten zu belehren und zu beraten, welche Schritte zur Verbesserung ihres Loses zu tun wären.

Der Einberufer der Versammlung, Herr Karuga aus Königshütte, erhielt jedoch vom Amtsvorsteher aus Brzezina ein Schreiben, in welchem ihm dieser mitteilt, daß er die Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung nicht erteilen könne. In der Begründung seines Verbots beruft sich Amtsvorsteher Szaffarczyk auf verschiedene Paragraphen und behauptet u. a., daß Brzezina von einer gemischten Bevölkerung, d. i. von Polen und Deutschen bewohnt sei und daß mit Rücksicht auf das gegenwärtig zwischen ihnen herrschende gespannte Verhältnis (?), welches besonders nach den letzten Gemeinde- und Kirchenwahlen in die Erscheinung getreten ist, Unruhen zu befürchten seien. Der Herr Amtsvorsteher fürchtet auch die ausländischen Arbeiter, besonders die aus dem Königreich Polen, die in Brzezina in großer Zahl beschäftigt und den deutschen Arbeitgebern feindlich gesonnen seien.

Wir sind neugierig, ob sich der Herr Amtsvorsteher das „gespannte Verhältnis zwischen den beiden Nationalitäten und die Möglichkeit von Unruhen" ebenso auslegen würde, wenn so Hakatisten von der Sorte der Ostmarkenverajnisten eine Versammlung nach Brzezina einberufen wollten, und ob er ihnen aus diesem Grunde ebenfalls die Genehmigung versagen würde.

Es muß jedoch festgestellt werden, daß der Herr Amtsvorsteher aus Brzezina auf die Erhaltung der „öffentlichen Ruhe" äußerst bedacht ist, und die maßgebenden Faktoren werden in Anerkennung seiner Verdienste wahrscheinlich nicht verfehlen, dafür zu sorgen, daß er entsprechend belohnt wird. — Ein Orden gebührt ihm ohne Frage.

---

Aus Nr. 127 des Kurjer Sląski (Kattowitz) vom 7. Juni 1910:

### Betrifft Pilgerfahrten nach Czenstochau.

Myslowitz.

In der Oktave der Krönungsfeier des Muttergottesbildes in Czenstochau brachen am 29. Mai zahlreiche Pilgerzüge — z. B. aus Kochlowitz, Ruda, Karf und anderen Ortschaften — nach Czenstochau auf, wo sie sehr herzlich empfangen wurden. Wehmütig verließen wir diesen heiligen und jedem Polen teuren Ort, als uns der hochwürdige Paulinerpater verabschiedete und segnete, indem er uns sein Mitgefühl ob der Verfolgungen ausdrückte, die wir von den hakatistischen Preußen erdulden. Als wir die russische Zollkammer in Herby passierten, wurden uns dort keine Schwierigkeiten bereitet, und wir gingen unbehelligt über die Grenze, dagegen wurden auf der preußischen Zollkammer alle Pilger einer genauen Revision unterzogen, wobei man besonders Bilder der Czenstochauer Muttergottes, heilige Figuren und ähnliche Gegenstände suchte, für die man uns einen Zoll entrichten ließ, aber schließlich wurden doch alle durchgelassen. Erst auf der Bahnstation Preußisch-Herby näherte sich ein preußischer Gendarm den Pilgern und begann alle zu beobachten, besonders diejenigen Personen, die an einem Bande Medaillons mit dem Bildnis der Czenstochauer Muttergottes als Andenken an die Krönung angeheftet hatten. Er schrieb ihre Namen auf und hieß sie die Medaillons ablegen. Insgesamt schrieb er etwa hundert und einige Dutzend Personen von den mit dem Zuge reisenden 1300 Pilgern auf. Dieses Vorgehen eines preußischen Gendarmen muß man eine unerhörte Herausforderung der polnischen Katholiken nennen. Oder ließ er die Medaillons mit dem Muttergottesbild etwa deshalb abreißen, weil manche Bänder rot-weiß waren? Wenn sich die preußische Regierung vor diesen Farben so sehr fürchtet, so muß man sich wundern, warum gerade diese Regierung Zehnpfennig-Briefmarken von rotweißer Farbe eingeführt hat? Bedroht doch angeblich die rot-weiße Farbe den Bestand des Deutschen Reiches! Daß die preußischen Behörden uns die Pilgerfahrten nach Czenstochau erschweren, daran sind bis zu einem gewissen Grade manche germanisatorische Geistliche schuld, die, anstatt solche Pilgerfahrten zu unterstützen, weil dies im Interesse unserer hl. Kirche liegt, selbst uns sie erschweren und sich auf die Seite der Regierung und der Hakatisten stellen, die uns die preußische Grenze sperren, damit wir nicht zu unserer allerheiligsten Mutter gehen können.

Ein Teilnehmer der Pilgerfahrt.

Aus Nr. 127 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 7. Juni 1910:

### Ein Schulinspektor

in Oberschlesien rügt in seiner Verfügung an die ihm unterstellten Lehrer den Umstand, daß seine amtlichen Anordnungen in die Zeitungen und dadurch zur öffentlichen Kenntnis gelangen. Er ordnet darum an, daß dies in Zukunft nicht mehr geschehen solle. — Die Schulen sind doch öffentliche Anstalten, und das Publikum hat ein Interesse daran zu wissen, was in diesen Schulen vorgeht!! Schulverfügungen, die das Tageslicht scheuen, dürften nicht erlassen werden.

---

Aus Nr. 129 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 9. Juni 1910:

### Die Parzellierungsgenossenschaft in Beuthen

hielt am Donnerstag nachmittag im Saale des katholischen Vereinshauses unter dem Vorsitz des Baumeisters Sobocinski ihre Jahreshauptversammlung ab. Das Protokoll führte Herr Palacz. Aus dem von Herrn Janowski sehr ausführlich erstatteten Tätigkeitsbericht der Genossenschaft geht hervor, daß sie trotz ihr in den Weg gelegter Hindernisse ihre Tätigkeit langsam entfaltet. Der Umsatz betrug schon über 6 Millionen Mark. 1018 Leute haben über $1^1/_2$ Millionen Mark Spareinlagen hinterlegt, überwiegend auf 5 % bei jährlicher Kündigung. Die Genossenschaft besitzt Güter und Grundstücke in Himmelwitz, Golejewo, Raschowa, Szerzyny, Berdechow und Zyrakow, und im laufenden Jahre hat sie noch das Gut Polna (?) hinzugekauft. Im verflossenen Jahre verkaufte sie 2632 Morgen unter die Leute. An verschiedenen Fonds besitzt die Genossenschaft über 31 000 ℳ, hinzukommen 23 375 ℳ Geschäftsanteile. Geschäftsanteile könnten viel mehr sein, denn sie bringen eine gute Dividende. Die Generalversammlung beschloß nämlich, von 10 601,61 ℳ Reingewinn eine Dividende von 4 % und eine Superdividende von 8 %, zusammen 12 % zu verteilen. Die Generalversammlung nahm den Bericht des gerichtlichen Revisors und den von dem stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Redakteurs Dombek, erstatteten Bericht über die Revisionen des Aufsichtsrats und der Kommission zur Kenntnis und erteilte für das verflossene Jahr Entlastung. Die ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrats Dr. Stenslicki, Dombek und Flieger wurden auf drei Jahre wiedergewählt. Glück auf der Parzellierungsgenossenschaft!

---

Aus Nr. 129 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 9. Juni 1910:

### Bilanz für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1909.

| Aktiva | ℳ | Passiva | ℳ |
|---|---|---|---|
| Kassenbestand | 3 688,14 | Reservefonds | 14 201,66 |
| Hypotheken | 250 965,47 | Spezial-Reserve | 17 096,77 |
| Lomb. Hypotheken | 97 672,06 | Kautionen | 12,80 |
| Schuldner | 484 043,91 | Geschäftsanteile | 23 375,89 |
| Grundstücke | 1 007 847,11 | Spareinlagen | 1 537 174,15 |
| Administration der Grundstücke | 133 244,85 | Gläubiger | 359 560,89 |
| Mobilien | 607,18 | Dividende | 1 130,28 |
| Effekten | 10 000,— | Garantiefonds | 16 164,38 |
| | | Pensionsfonds | 3 657,97 |
| | | Güterverwaltungsfonds | 3 825,12 |
| | | Gewinn | 10 601,61 |
| | 1 988 068,72 | | 1 988 068,72 |

| | |
|---|---|
| Vom Jahre 1908 traten auf das Jahr 1909 Mitglieder über | 106 |
| Im Jahre 1909 traten bei | 7 |
| | 113 |
| Es traten aus mit dem 31. 12. 09 | 21 |
| Es bleiben | 92 |
| Vom Jahre 1908 auf 1909 traten über 106 Mitglieder mit 424 Geschäftsanteilen à 50 Mk. | 21 200 |
| Im Jahre 1909 traten bei 7 Mitglieder mit 23 Geschäftsanteilen, es wurden gezeichnet 2 weitere Geschäftsanteile, zusammen 25 | 1 250 |
| | 22 450 |
| Es traten aus 21 Mitglieder mit 122 Anteilen | 6 100 |
| Es gehen demnach über auf das Jahr 1910 92 Mitglieder mit 327 Anteilen à 50 Mk. | 16 350 |
| und der Haftsumme à 200 Mk. | 65 400 |
| Zusammen Mk. | 81 750 |

Beuthen O.-Schl., den 3. Juni 1910.

**Spółka parcelacyjna — Parzellierungsgenossenschaft**
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht Beuthen O.-Schl.

T. Palacz. St. Janowski. J. Gramlewicz.

Aus Nr. 128 des Dziennik Berlinski (Berlin) vom 8. Juni 1910.

Auf eine Beschwerde des **Politischen Komitees für die Polen in der Fremde rechts der Elbe mit dem Sitz in Berlin,** daß der Reichstagsabgeordnete **Kulerski** in Berlin illegale Wählerversammlungen abgehalten habe, hat das **Polnische Zentralwahlkomitee für das Deutsche Reich** folgende Antwort erteilt:

Posen, den 10. April 1910.

Das Polnische Zentralwahlkomitee hat in seiner Plenarsitzung vom 30. März d. Js. über die Beschwerde des Politischen Komitees in Berlin über das Verhalten des Herrn Abgeordneten Kulerski verhandelt.

Das Polnische Zentralwahlkomitee als höchste Behörde für alle Polen, welche die einzelnen im Gebiet des Deutschen Reichs und durch dieses Komitee bestätigten Wahlbehörden anerkennen, ist in Ausübung des § 10 Nr. 3 seiner Satzung der Ansicht, daß jede Hauptbehörde polnischer Wahlorganisationen, also auch in der Emigration, in seiner Satzung die Bestimmung haben muß, daß nur legal gewählte Komitees Wählerversammlungen einberufen dürfen.

Auf Antrag von 30 Wählern muß das Komitee in einer bestimmten Zeit eine Versammlung einberufen. Wenn das Komitee das nicht tun sollte, dann wird es durch die vorgesetzte Wahlbehörde vertreten.

Angesichts einer derartigen Organisation muß jede nicht durch die Wahlbehörde einberufene Wählerversammlung als eine unrechtmäßig einberufene Versammlung angesehen werden.

Wenn in Berlin eine nicht durch das dortige Komitee einberufene Wählerversammlung abgehalten worden ist, so erachten wir die Beteiligung des Herrn Abgeordneten Kulerski an ihr als ungehörig, weil ein polnischer Abgeordneter die legalen Wahlbehörden nicht ignorieren und ohne vorherige Verständigung mit dem Ortskomitee Versammlungen nicht veranstalten darf.

---

Aus Nr. 67 des Narodowiec (Herne) vom 4. Juni 1910:

### „Deutsche Angriffe gegen den hl. Vater"

überschreibt sich ein Artikel des Narodowiec, der sich mit der Protestkundgebung gegen die Borromäus-Enzyklika befaßt, und dessen Schluß lautet:

Aber diese unerhörten Angriffe gegen die katholische Kirche und gegen den hl. Vater, wie sie gegenwärtig in Deutschland zutage getreten sind, müßten vor allen Dingen den geistlichen Behörden die Augen darüber öffnen, was die verschiedenen Höflichkeiten wert sind. Für diese protestantisch-alldeutschen Höflichkeiten wird den Polen in Preußen und besonders in der Emigration auf kirchlichem Gebiet ein ungeheures Unrecht zugefügt.

Heute kann die geistliche Behörde das wirkliche Gesicht derjenigen Freimaurer, Alldeutschen und Protestanten sehen, welche die Kassierung der Seelsorge für die Polen in der Fremde fordern. Das Ziel dieser Herren ist, eine völlige Vernichtung der katholischen Kirche im preußisch-deutschen Staate, damit nur eine, d. i. eine protestantische Kirche sei, deren Oberhaupt die preußische Regierung wäre. Die ganze polnische Presse müßte darauf hinweisen, damit sich Rom und die hiesige geistliche Behörde überzeugen, was die Schöntuerei der Alldeutschen, Freimaurer und ihrer Anhänger wert ist. Heute haben sie die Maske abgeworfen und ihr wirkliches Gesicht gezeigt, denn der hl. Vater hat ihre Rechnung durchkreuzt. Darum sollte sich die geistliche Behörde nicht nach den Protestanten, Freimaurern und Alldeutschen richten, sondern den Polen das geben, was ihnen gebührt, d. i. eine ausreichende polnische Seelsorge, polnische Taufen und Trauungen sowie polnischen Vorbereitungsunterricht zu den hl. Sakramenten. Denn anders erwächst der katholischen Kirche ein unberechenbarer Schaden, und es werden sich diejenigen freuen, welche heute in so unerhörter Weise die Person des hl. Vaters Pius X. angreifen.

---

## Aus dem Auslande.

Aus Nr. 255 des Słowo Polskie (Lemberg) vom 4. Juni 1910:

### Die Folgen antipolnischer Ansiedelung.

Während der Beratungen des preußischen Abgeordnetenhauses über die Denkschrift der Ansiedelungs-Kommission herrschte diesmal eine etwas gedrücktere Stimmung. Der Regierungsvertreter wiederholte zwar die bekannte Versicherung, die Ansiedelungstätigkeit trage viel zur Kräftigung des Deutschtums in den bedrohten Ostmarken bei und sie sei, wenn auch nicht in finanzieller, so doch in nationaler Hinsicht vollständig zufriedenstellend. Die Konservativen und die Freikonservativen erklärten sich diesmal ebenfalls für die weitere Unterstützung der antipolnischen Besiedelung und deshalb kann von einer Wendung in der Politik der polnischen Bevölkerung gegenüber keine Rede sein.

Aber aus den Reden sowohl des Regierungsvertreters als auch aus denen der Vertreter der Parteien, die eine Regierungsmehrheit in dem Abgeordnetenhause bilden, ersah man deutlich eine Unzufriedenheit mit den bisherigen Ergebnissen der großen Aktion und eine Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwickelung der Verhältnisse, es trat ein Mißton zwischen dem Wunsche und der wirklichen Lage der Dinge in die Erscheinung. Als der Zentrumsredner, Graf Spee darauf aufmerksam gemacht hatte, daß die Deutschen, ausweislich der amtlichen Statistik, trotz der Ansiedelungs-Kommission in den letzten Jahren 84 000 Hektar Grundes und Bodens eingebüßt hätten, daß die Zahl der deutschen Bevölkerung im Laufe der letzten sieben Jahre sich zwar um 11 v. H., aber die Zahl der polnischen Bevölkerung um 40 v. H. vergrößert habe und daß angesichts dessen die Ausgabe von einer Milliarde Mark durchaus nicht produktiv gewesen sei, hat der Landwirtschaftsminister v. Arnim diese Tatsachen nicht bestritten. Er bemühte sich lediglich, deren Eindruck durch die Behauptung zu schwächen, daß die Zahlen nichts bewiesen und daß die Entwickelung der Kultur und des Deutschtums in den Ostmarken die für die Ansiedelung ausgegebenen Millionen wert seien.

Die Abnahme der Begeisterung für die Ansiedlungstätigkeit in den polnischen Landesteilen läßt sich nicht so sehr durch den Mangel an positiven Ergebnissen erklären, die weit hinter den hochgeschraubten Hoffnungen der eigentlichen Urheber der antipolnischen Politik zurückgeblieben sind, als durch das Auftreten einer großen Gefahr infolge dieser Politik.

Die Anhänger der Germanisierung rechneten ausschließlich mit Ziffern, mit der Anzahl der zur Schwächung des Polentums erforderlichen Millionen Mark, mit der Anzahl der Hektare, die den polnischen Händen entrissen werden sollten, und mit den auf dem polnischen Grund und Boden angesiedelten Bauern, und auch in dieser Hinsicht begingen sie manchen Fehler in ihren Berechnungen. Sie berücksichtigten nicht die Psychologie des Volkes, sowohl desjenigen, das sie von seinem

heimatlichen Grund und Boden verstoßen wollten, als auch desjenigen, das sie auf den angekauften Flächen ansiedeln wollten. Sie dachten nicht daran, daß die polnische Gesellschaft angesichts der drohenden Gefahr und unter dem Eindruck des ihr zugefügten Unrechts sich noch energischer an die Arbeit heranmachen und verstehen würde, den erlittenen Schaden wieder auszugleichen, und auch nicht daran, daß das aus allen Gegenden der Monarchie, ja sogar aus dem Auslande nach dem Osten herangezogene Volk nicht lediglich ein gefügiges Werkzeug in den Händen seiner Beschützer würde sein wollen, sondern mit Ansprüchen an politische Selbständigkeit, an die Durchführung seiner im Westen Deutschlands üblichen, aber in preußischen Verhältnissen geradezu revolutionären Bestrebungen hervortreten würde.

Die von weit her, besonders aus dem demokratischen deutschen Westen und Süden herbeigezogenen Ansiedler brachten außer einem bescheidenen Kapital und kräftigen Händen einen von den junkerischen Staatsstützen und von dem preußischen Throne nicht anerkannten Faktor: eine Seele mit. Sie brachten mit sich: ihre Weltanschauungen, ihre Ansichten über bürgerliche Pflichten und Rechte, ihre politischen und gesellschaftlichen Wünsche, die den verfassungsmäßigen Verhältnissen der deutschen Dorfgemeinden in der östlichen Hälfte der preußischen Monarchie keineswegs entsprechen. Sie wollen sich mit der Arbeit auf dem Felde und der Erzeugung neuer deutscher Generationen mitten unter der polnischen Bevölkerung, im öffentlichen Leben aber lediglich mit der Rolle des vom Großgrundbesitz geleiteten Stimmviehs nicht begnügen.

Sie sind sich ihrer Bürgerrechte bewußt und wollen von ihnen Gebrauch machen, nachdem sie aber bei ihren konservativen Beschützern auf Widerstand gestoßen, stutzten sie und fingen an, sich zu organisieren, um deren Übergewicht zu brechen. Der Erlaß des Enteignungsgesetzes richtete ihre Gedanken nach einer anderen Richtung hin. Sie sahen, daß der auf politische Diktatur Anspruch erhebende Großgrundbesitz in die Brüche gehen werde, und sie griffen die von geschickten Agitatoren hingeworfene Losung auf, nämlich nicht nur die polnischen, sondern auch, und zwar in erster Linie, die deutschen Großgrundbesitzer zu enteignen.

Infolge der antipolnischen Ansiedelungsaktion machte sich im Osten des Königreichs Preußen eine Bewegung bemerkbar, an die vor kurzem noch die Gegner der polnischen Konservativen nicht zu denken wagten, deren Sieg aber eine gründliche Umwälzung in den innerpreußischen Verhältnissen bedeuten würde. Nicht umsonst gelten die konservativen Junker der östlich von der Elbe gelegenen Provinzen als die Stützen des preußischen Staates und Thrones. Was Preußen heute in Deutschland und in Europa ist, das ist es unter der Regierung der Hohenzollern, vor allen Dingen durch die Bemühungen des hochmütigen, waghalsigen und keine Bedenken kennenden Adels, — halb kreuzritterlicher, halb polnisch-pommerscher Abstammung — geworden, des Adels, der ungeheuere Landflächen in den ehemals polnisch-pommerschen-litauischen Landesteilen in seinen Händen hält und der sich jetzt meist auf die Arbeit des verdeutschten pommerschen, polnischen und litauischen Volkes stützt. Sein Werk ist Preußen, seines Geistes Schöpfung ist sowohl die preußische Staatsidee, als auch der reaktionäre, unduldsame, barbarische Charakter des preußischen Staates, dessen innerer Organismus und dessen Politik. Weder die Reformen Steins, noch die Umwälzung im Jahre 1848 haben eine Bresche in die Verhältnisse geschlagen; auf deren Entwickelung hat auch die Gründung des deutschen Kaiserreichs in positiver Weise nicht eingewirkt, der furchtlos liberale preußische Westen aber und der handels-industrielle Süden kämpften mit der Allgewalt des reaktionären östlichen Junkertums, um auf den Trümmern seiner Macht einen neuen, gleichfalls materiell unduldsamen, aber durch den äußeren Schein der Demokratie gemilderten Organismus zu errichten. Was die vereinigten und nicht stark organisierten deutschen liberalen Parteien nicht vermocht haben, das hat unwillkürlich die Berliner Regierung selbst, mit Hilfe der konservativen Parteien, unter der Losung der Ausrottung des Polentums zuwege gebracht.

Die östlichen polnischen Landesteile bevölkern sich mit einem neuen deutschen Element, dem jede Furcht vor dem konservativen Landadel fremd ist, das den Dispotismus nicht vertragen, sondern nach eigenem Gutdünken leben und handeln will und mit lüsteren Augen auf die unermeßlichen deutschen Latifundien blickt.

Dieses unter dem Einfluß des Nationalhasses unüberlegterweise herangezogene Element ist dazu berufen, der Junkermacht in den Ostmarken und somit in ganz Preußen wenigstens gewisse Grenzen zu ziehen und allmählich die Konservativen von ihrer führenden Stellung in Staate herunterzubringen. In den Provinzen Posen und Westpreußen haben die organisierten Ansiedler dem deutschen Großgrundbesitz bereits den Kampf auf Leben und Tod angekündigt und die Bewegung in diesen beiden Landesteilen überträgt sich auch auf die Nachbarprovinzen und führte in Ostpreußen bereits zu einer Niederlage der Konservativen bei den Wahlen. Daher kommt die gedrückte Stimmung bei den diesjährigen Beratungen über den Rechenschaftsbericht der Ansiedelungs-Kommission, hierdurch erklärt sich der Mangel an Begeisterung für die Ansiedelungstätigkeit, die Verzichtleistung auf die Ausführung des Enteignungsgesetzes. Die Germanisierungspolitik rief eine Reaktion dort hervor, wo man sie garnicht vorausgesehen, sie wurde zu einer Gefahr für die überlieferungsmäßigen Grundlagen des preußischen Staates; die polnische Gesellschaft aber besteht nach wie vor weiter und entwickelt sich, hat auch keine Veranlassung, mit Unzufriedenheit auf die Erscheinungen der geschichtlichen Nemesis zurückzublicken.

---

Aus Nr. 245 des Słowo Polskie (Lemberg) vom 30. Mai 1910:

### Erscheinungen der Mißstimmung.

In Raschkow, einem kleinen Städtchen im Großherzogtum Posen, in dem die Polen eine bedeutende Mehrheit der Bevölkerung bilden und auch bei den Gemeindewahlen sich in Mehrzahl befinden, haben diesmal die Deutschen bei den Kommunalwahlen gesiegt. Die Ursache der Niederlage ist die Uneinigkeit unter der polnischen Bevölkerung und die dort sich zeigende Neigung zum Zusammenhalten mit den Deutschen. In der II. Klasse sind 7 polnische Wähler zur Wahl nicht erschienen, in der III. Klasse, in der es dreimal so viel Polen gibt wie Deutsche, wurden nur 30 polnische Stimmen abgegeben und 32 deutsche, wobei ein Pole für einen Deutschen gestimmt hatte. Die Folge der Gleichgültigkeit und Uneinigkeit im polnischen Lager war die, daß der deutsche Tierarzt, der zu Germanisierungszwecken von der Regierung hierher geschickt wurde, das Mandat erhalten hat.

---

Aus Nr. 259 der Nowa Reforma (Krakau) vom 10. Juni 1910:

### Demütigende Loyalität.

In der Budgetkommission des preußischen Landtages hat der Abgeordnete Dr. v. Jazdzewski im Namen

der polnischen Landtagsfraktion für die Erhöhung der Zivilliste Kaiser Wilhelms II. mit der Begründung gestimmt, daß die Polen, obwohl sie unter der Bedrückung zu leiden hätten, dennoch im Sinne der Worte des Heilands „dem Kaiser gäben, was des Kaisers ist."

Die Kunde hiervon hat sicherlich die Herzen unserer Ultra-Loyalisten mit Freude erfüllt, unter der polnischen Gesamtbevölkerung dagegen einen äußerst unangenehmen Eindruck hervorgerufen. Für ein unterdrücktes, aller Rechte beraubtes, in seinen heiligsten Gefühlen gereiztes Volk gibt es nichts Schmerzlicheres, als wenn diejenigen, denen es den Schutz seiner Interessen und seiner Würde anvertraut, freiwillig, ohne irgend eine dringende Veranlassung sich vor dem Feinde demütigen; gleichzeitig aber gibt es für eine Nation nichts Widersinnigeres, als wenn diese ihre Beschützer das erlittene Unrecht durch sentimentale Großmut erwidern.

Das Eintreten des Prälaten Dr. v. Jazdzewski für die Erhöhung der Zivilliste Kaiser Wilhelms war ein derartiger Akt der Demütigung einerseits und der Unzweckmäßigkeit andererseits, ein politisch vollständig unnötiger, psychologisch geradezu fast unverständlicher Akt. Die antipolnische Politik Preußens nahm eben unter der Regierung Wilhelms II., wie dies übrigens der Prälat v. Jazdzewski selbst besonders hervorgehoben hatte, eine möglichst scharfe, geradezu barbarische Form an, er selbst brachte wiederholt öffentlich seine uns gegenüber feindlichen Gefühle und Gesinnungen zum Ausdruck, seine Unterschrift billigte das grausamste Gesetz, das je gegen die polnische Nation erlassen worden ist, ein Gesetz, das die polnische Bevölkerung von ihrem heimatlichen Grund und Boden vertreiben und sie in ein land- und obdachloses Proletariat verwandeln sollte. Er ist also unser Feind, nicht nur als Herrscher, sondern auch als Mensch, übrigens wünscht er selbst, daß man ihn für einen Feind der Polen halte.

Angesichts dessen gab es für die polnische Vertretung, als er, von persönlichen Finanznöten gepeinigt, an den preußischen Landtag, denselben Landtag, der mit seiner Einwilligung und seinem Einverständnis hunderte von Millionen für die Unterdrückung der Polen fortwirft, sich mit der Bitte um Aufbesserung wendete, keinen Zweifel mehr, welche Stellung sie angesichts dieser Forderung einnehmen sollte. Die Antwort der polnischen Fraktion konnte lediglich lauten:

„Wir Unterdrückten und Verfolgten können für diesen Zwecke nichts geben. Möge die Regierung, sei es auch nur einen Teil der für antipolnische Zwecke verausgabten Riesenbeträge zurückstellen und sie wird die Mittel zur Füllung der leeren Kasse des kaiserlichen Hofes, ohne neue Belastung des Staatsbudgets finden."

Eine derartige Antwort hätte in keiner Hinsicht den kleinlichen Charakter einer Vergeltung. Sie wäre die einzig richtige in dem Munde des Vertreters einer Bevölkerung, die man für das ihr zugefügte Unrecht noch zahlen läßt. Sie hätte selbst auf deutscher Seite auch nicht die geringste Verwunderung hervorgerufen, während wahrscheinlich dieser sentimentale Altruismus des polnischen Abgeordneten auf manchem Junkergesichte ein höhnisches Lächeln des Mitleids hervorrief. Wenn aber schon der übertriebene Loyalismus der Landtagsfraktion diese einzig und allein würdige Haltung einzunehmen sich fürchtete, so blieb noch der Weg übrig, sich der Stimmenabgabe zu enthalten. Anstatt aber diesen allein richtigen Weg zu wählen, drängte sich die Landtagsfraktion dem preußischen Monarchen mit dem Beweise eines demütigenden Loyalismus auf, den er nicht einmal brauchte oder forderte und den er niemals und mit nichts erwidern wird. Anstatt zu fragen: „Und was wird Wilhelm II. der polnischen Bevölkerung dafür geben", stimmte Prälat v. Jazdzewski für die neue Ausgabe, von der ein Teil auch dem deutschen Theater in Posen zugute kommen wird, woselbst auch nicht eine Silbe in polnischer Sprache fallen darf . . . Wir wollen nicht annehmen, daß dies ein Vorspiel zu weiteren Loyalitätskundgebungen in dem kaiserlichen Schlosse in Posen sein sollte, wie dies gerüchtweise hartnäckig behauptet wird. Wir müssen nur das eine feststellen, daß die polnische Allgemeinheit den von dem Prälaten von Jazdzewski angeführten Beweggrund durchaus nicht anerkennen, sondern diesen Schritt geradezu verurteilen muß.

---

Aus Nr. 126 der Ostdeutschen Rundschau (Wien) vom 5. Juni 1910:

## Allpolnischer Schulschwindel in Ostschlesien.

Aus Teschen wird uns geschrieben: Ostschlesien scheint gegenwärtig außerhalb des Gesichtskreises unserer deutschen Parlamentarier zu liegen, denn es haben sich in allerjüngster Zeit im geheimen Dinge abgespielt, die die Deutschen Ostschlesiens auf das empfindlichste treffen müssen und sie den Beistand der deutschen Abgeordneten gänzlich vermissen lassen.

Wie allgemein bekannt, ist es den polnischen Hetzern, Abgeordneten Michejda und Abgeordneten Londzin, mit Hilfe des Polenklubs gelungen, die Errichtung einer k. k. polnischen Lehrerbildungsanstalt in Bobrek bei Teschen durchzusetzen, aus der nun die Agitatoren für die allpolnische Sache hervorgehen sollen. Im Herbst 1910 findet die Eröffnung der Anstalt statt. Aber schon seit sechs Jahren bestehen an der deutschen Stammanstalt polnische Parallelklassen, deren erste Abiturienten im Schuljahr 1907/08 maturierten. Da die Zahl der Parallelklassen nicht voll ist, sondern die Jahrgänge einander ablösen, so fand seit dieser Zeit keine Reifeprüfung an den Parallelklassen statt. Wiewohl die sprachliche Ausbildung für den Unterricht im Deutschen eine völlig ungenügende ist, so erteilte vor kurzem das k. k. Unterrichtsministerium der Direktion der k. k. Lehrerbildungsanstalt in Teschen den Befehl, den Absolventen der polnischen Parallelklassen nachträglich (also nach zwei Jahren) auch die Reife für die deutsche Sprache zum Unterricht an Volksschulen auszusprechen, ohne daß sie etwa eine entsprechende Prüfung abzulegen hätten.

Dieses geradezu unerhörte Vorgehen des Unterrichtsministeriums kann nur verstanden werden, wenn man die Schleichwege kennt, auf denen die Polen das Ihrige erreichen. Schon im Jahre 1907 schlossen die Abgeordneten Londzin und Michejda mit dem damaligen Landespräsidenten Heinold einen förmlichen Vertrag ab, auf den die Wiener Regierung Punkt für Punkt eingegangen ist, denn alles, was die Polen erreichten, ist dort enthalten. Schließlich und endlich sagte die Regierung den Polen die vollständige Gleichberechtigung der polnischen Lehrerbildungsanstalt in Bobrek mit der deutschen in Teschen zu, dies alles hinter dem Rücken der Deutschen. So ist es die Regierung selbst, die in Ostschlesien systematisch die allpolnische Hetzarbeit fördert und die unleidlichsten Zustände schafft, die Staat und Land gefährden.

Wie gering das Bedürfnis nach einer polnischen Lehrerbildungsanstalt in Ostschlesien ist, beweist der Umstand, daß von polnischer Seite ein förmlicher Schülerfang notwendig war, um die Parallelklassen zu füllen. Im Jahre 1908 wurden etwa 20 Zöglinge in die polnischen Parallelklassen aufgenommen,

darunter solche mit einer Gymnasial- oder Bürgerschulklasse und selbst mit einklassiger Volksschule als Vorbildung. In gesetzwidriger Weise fanden sogar Schüler, die die Aufnahmeprüfung für die Stammanstalt in den meisten Gegenständen, selbst im Polnischen, nicht bestanden, nach den Ferien ohne weiteres Aufnahme. Der polnische Schulverein sucht durch Geld die Eltern vieler Schüler dazu zu bewegen, ihre Kinder in die polnischen Parallelklassen zu schicken, die dort „auf Grund besonderer Aufnahmeprüfung" aufgenommen werden; ein Bürgerschüler, der lauter nichtgenügende Zeugnisse aufwies, trat anstandslos in den polnischen zweiten Jahrgang ein. Es bestand bisher schon an den mit der Stammanstalt unter deutscher Leitung stehenden polnischen Parallelklassen ein förmliches Schwindelregiment, so daß die Direktion der Anstalt und der zuständige Landesschulinspektor wiederholt mit Disziplinaruntersuchungen drohen mußten. Wie wenig dies fruchtete, beweist ein Vorfall bei den letzten Lehrbefähigungsprüfungen: ein von der polnisch-nationalen Partei geförderter Prüfungskandidat erhielt von einem Mitgliede des Lehrkörpers der polnischen Parallelklassen die ausgearbeiteten Themen für die schriftliche Prüfung; allein der Schwindel wurde vom Vorsitzenden der Prüfungskommission entdeckt, der Prüfungskommissar, der die Themen verriet, und das erwähnte Mitglied des Lehrkörpers wurden in Untersuchung gezogen. Vielleicht gelingt es dem Polenklub wieder, eine Bestrafung der Schuldigen zu hintertreiben! Sache der deutschen Abgeordneten ist es, galizische Zustände diesseits der Weichsel nicht zu dulden.

Im Deutschen Nationalverband wurde vor kurzem die Berechtigungsfrage der beiden Teschener Lehrerbildungsanstalten behandelt. Man soll im Verband wohl bedenken, daß es sich hier nicht bloß um eine besondere Angelegenheit Ostschlesiens, sondern um einen kulturfeindlichen Vorstoß des Polentums gegen das ganze Deutschtum handelt. Man darf nicht zugeben, daß der deutschen Lehrerbildungsanstalt das Recht, für deutsche, polnische und tschechische Volksschulen zu approbieren, genommen werde. Ebenso falsch ist die von seiten mehrerer deutscher Abgeordneter verbreitete Meinung, daß eine Gleichberechtigung der neuen Bobreker Anstalt der deutschen Stammanstalt nicht schaden könne, da die meisten utraquistischen Gemeinden Ostschlesiens den Allpolen abgeneigt seien; gegen diese Ansicht sträubt sich jedes Gerechtigkeitsgefühl, denn der Unterricht im Deutschen ist an den polnischen Parallelklassen so mangelhaft und wird es an der neuen Anstalt vielleicht noch mehr sein, so daß die Kandidaten kaum so viel lernen, als es in den vierjährigen Volksschulen der Fall ist. Dies ist die Vorbildung für Lehrer des Deutschen an Volksschulen. Der Zögling der deutschen Stammanstalt lernt im Polnischen und Tschechischen ebensoviel wie der an einer polnischen und tschechischen Lehrerbildungsanstalt.

Man ersieht daraus wiederum, mit welch ungleichem Maße in Österreich gemessen wird, wenn es sich um Deutsche handelt. Es sei nochmals betont, daß es sich hier nicht um eine Angelegenheit Ostschlesiens allein handelt, sondern alle Deutschen Österreichs sollen durch diese Veröffentlichung bewogen werden, auch uns Ostschlesiern, die wir im Osten gegen einen schlauen und mächtigen Feind die Grenzwacht halten, ihre Teilnahme und Hilfe zu leihen. Man möge der Regierung einmal Halt gebieten in ihrem einseitigen, den Gesamtstaat gefährdenden Vorgehen in Ostschlesien. Die Polen, die unter Freundesmaske am Mark des Staates zehren, sollen in ihren „Kultur"bestrebungen nach Galizien zurückgewiesen werden, wo sie genug Arbeit finden dürften und wo sie die verschiedenen Zuwendungen, wie die des galizischen Landtages für das Teschener polnische Schülerheim (28 000 K.) u. v. a. besser verwerten könnten.

---

Nr. 248 des Słowo Polskie (Lemberg) vom 1. Juni 1910:

## Die Grunwaldfeier in Lemberg.

Das von dem Stadtverordnetenkollegium zwecks Vorbereitung der Jahresfeier der Schlacht bei Grunwald gewählte Komitee berief zu gestern nach dem Stadtverordneten-Sitzungssaale ein größeres, aus den Delegierten aller Vereine zusammengesetztes Komitee ein. Die Sitzung wurde von dem Präsidenten Stanislaus Ciuchcinski eröffnet, der der Versammlung ein von den Mitgliedern des Stadtverordnetenkollegiums aufgestelltes Programm vorlegte. Letzteres lautete folgendermaßen:

Am 28. Juni 1910: Abends 6 Uhr Festsitzung des Stadtverordnetenkollegiums in Galaanzügen. Die Sitzung eröffnet der Stadtpräsident. Letzterer hält eine Ansprache und verliest die Gründungsurkunde der Fabrik-, Bildungs- und Volksanstalt, zum Schluß Beschlußfassung über die betreffenden Gründungen seitens des Stadtverordnetenkollegiums. Die Gründungsurkunde muß auf Pergamentpapier geschrieben und von allen Stadtverordneten unterschrieben sein. Auf die Galerie sind Gäste einzuladen.

Am 29. Juni: Morgens 6 Uhr Wecken. Um 7 Uhr früh Musik, geblasen vom Rathausturme. Um 9 Uhr vormittags Messe und Predigt auf dem Sokolübungsplatze, demnächst Festzug nach dem Mickiewicz-Denkmal, woselbst eine Ansprache des Vizepräsidenten Dr. Rutkowski und eine Kantate der vereinigten Chöre stattfindet. Hierauf Auflösung des Festzuges.

Um 12 Uhr mittags: Aufführungen im Theater, bestehend in Chorgesang, Vortrag des Professor Balzer und Dr. Czolowski, zum Schluß lebendes Bild, die Huldigung Jagiellos darstellend.

Um 3 Uhr nachmittags: Sokolspiele auf dem Turnplatze.

Abends im Stadttheater Aufführung des Theaterstücks „Zawisza Czarny". An diesem Tage erfolgt auch die Verteilung von Broschüren über den Sieg bei Grunwald.

Am 15. Juli 1910: Morgens 6 Uhr Wecken, um 7 Uhr Musik vom Rathausturme.

Um 10 Uhr Gottesdienst im Dom, hierauf Enthüllung der dort anzubringenden Gedenktafel. Die Stadt ist zu schmücken. Nachmittags Volksspiele. Abends Teerfeuer auf dem Hügel, Illumination des Rathausturmes und Abbrennen eines Feuerwerks bei den Volksspielen.

Zum Schluß wurde beschlossen, Herrn Dr. Czolowski zu ersuchen, eine Broschüre über den Sieg bei Grunwald herauszugeben.

---

Aus Nr. 154 des Dziennik Polski (Lemberg) vom 9. Juni 1910:

## Betrifft die letzte Enzyklika.

Der „Osservatore Romano" veröffentlicht angesichts der infolge irriger Auslegung und ungenauer Wiedergabe der Enzyklika hervorgerufenen Agitation in Deutschland folgende Erklärung: „In der gelegentlich des Karl Borromäus-Jahrestages erschienenen Enzyklika, die den Zweck hatte, modernistische Fehler zu bekämpfen, hatte der heilige Vater, wie dies aus dem Wortlaut der Enzyklika deutlich hervorgeht, nicht die geringste

Absicht, die Nichtkatholiken in dem deutschen Staate oder deren Fürsten zu beleidigen. In der Enzyklika wurden ausschließlich und lediglich geschichtliche Bemerkungen aus der Zeit des heiligen Karl Borromäus angeführt; darin sind jedoch weder irgendwelche Nationen, noch Fürsten gewisser Länder benannt worden. Es muß hervorgehoben werden, daß es sich dort nur um die Katholiken der erwähnten Epoche handelt, die gegen die Lehren und das Ansehen des Apostolischen Stuhles aufgetreten waren. Wie wohlwollend übrigens die Gefühle des heiligen Vaters dem Deutschen Reiche und seinen Fürsten gegenüber sind, dies ist unlängst bei einer Gelegenheit deutlich zum Ausdruck gekommen."

---

Aus Nr. 15 des Kurier Polskje (Milwaukee, Wiss.) vom 16. Mai 1910:

## Grunwaldfeierlichkeiten.

Die hakatistische Presse in Europa schlägt infolge der angekündigten Grunwaldfeierlichkeiten immer mehr Alarm. Erst neulich veröffentlichte die chauvinistische „Deutsche Zeitung" einen Artikel unter der Überschrift: „Im Namen der Würde des preußischen Staates." Dieses Organ beabsichtigt zwar nicht, die außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches zu veranstaltenden Grunwaldfeierlichkeiten mit bewaffneter Hand zu unterdrücken, trotzdem es die in der Fremde ansässigen Deutschen sehr bedauert, daß diese im Stillen der Verhöhnung des preußischen Namens werden zusehen müssen, es fordert aber auf, den innerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs etwa abzuhaltenden Grunwaldfeierlichkeiten entgegenzutreten.

Die „Deutsche Zeitung" ist namentlich darüber ärgerlich, daß die Polen auch in der Hauptstadt des Deutschen Reiches, dem Sitze des preußischen Königs und Nachfolgers des seiner Zeit besiegten Ordens, ihre Vorbereitungen zur Grunwaldfeier treffen, und daß sich viele von ihnen zur Reise nach Krakau zwecks Teilnahme an den Enthüllungsfeierlichkeiten des Jagiellodenkmals vorbereiten. Die „Deutsche Zeitung" wettert weiter über diejenigen Polen, welche sich hier und außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches über die Niederlage des Deutschtums freuen, ist außerdem noch über das erschienene Grunwald-Album empört und fordert die Regierung auf, die Polen daran zu erinnern, daß das Jahr 1910 nicht 1410 ist. Das Blatt tröstet sich jedoch damit, daß der deutsche Patriotismus die Gefahr bereits erkannt hat, daß das deutsche Volk auf seine Standarte die Pflege deutscher Empfindungen geschrieben hat und mit dieser Losung zum Schutz des bedrohten Deutschtums hervorgetreten ist. Zum Schluß gibt sich die „Deutsche Zeitung" der Hoffnung hin, daß die preußische Regierung den durch das deutsche Volk bereits gewiesenen Weg weiterschreiten und die Polen von ihren verräterischen Handlungen dadurch abhalten wird, daß sie den deutschen Geistlichen (d. h. Polen, jedoch deutschen Bürgern) das Zelebrieren bei den kirchlichen Grunwaldfeierlichkeiten untersagt! Schließlich fordert die „Deutsche Zeitung" auf, dem seitens des hakatistischen Vereins am Geburtstage Bismarks herausgegebenen Aufruf Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Dieser an das „Deutsche Volk" gerichtete Aufruf erörtert die Vorbereitungen zu den Grunwaldfeierlichkeiten und will damit beweisen, daß die Polen die Hoffnung, ein zweites Grunwald herbeizuführen, nicht aufgegeben haben. In dem Aufruf wird weiter behauptet, daß sich das Polentum den Verhältnissen entsprechend sehr gut entwickelt und aus diesem Grunde stets nach dem Ziele der politischen Unabhängigkeit trachtet. Die Ursache hierzu ist die Opferwilligkeit der Polen. Darum füllen auch wir Deutschen den vollkommen leeren hakatistischen Beutel, gründen wir einen Grunwaldfonds und ehren wir dadurch den Gedenktag von Grunwald! Der eigentliche Zweck des hakatistischen Aufrufs ist die Sammlung von Geldmitteln, um den hartnäckigen Kampf mit den Polen weiterführen zu können.

Wir können uns also darauf gefaßt machen, daß die Deutschen überall da, wo es ihnen nur möglich sein wird, einen Druck dahin ausüben werden, um die Grunwaldfeierlichkeiten zu vereiteln oder sie nach Möglichkeit abzuschwächen. Da das polnische Volk an seinem Glauben treu festhält und der Geistlichkeit unbedingt Folge leistet, werden die Hakatisten bemüht sein, einen Einfluß auf die Geistlichen auszuüben, namentlich aber auf diejenigen, die der deutschen Aufsichtsbehörde unterstellt sind. Diese Geistlichen sollen, sei es in Deutschland, Österreich oder auch Amerika, das polnische Volk an der Veranstaltung von Grunwaldfeiern hindern und die durch die Kirche vorgeschriebenen Grunwaldgottesdienste nicht abhalten.

Mit den Schikanen gegen die Grunwaldfeierlichkeiten hat man bereits begonnen. Wie uns aus Hohensalza mitgeteilt wird, hat die dortige Polizei in der Buchhandlung von Stefan Knast das Bild „Die Schlacht bei Grunwald" von Matejko konfisziert. Die Wut der Hakatisten hat diese bereits soweit gebracht, daß sie die Werke des in der ganzen zivilisierten Welt berühmten, großen Meisters Matejko nicht mehr zu schätzen imstande sind. Zur Sicherheit des Deutschen Reiches wird man schließlich alle Bücher, in denen der Name Grunwald enthalten ist, konfiszieren. Diese Wut der Hakatisten ist ein Beweis dafür, daß uns der Gedanke an Grunwald heilig ist; sie soll uns außerdem aufmuntern, immer mehr Gaben für die Grunwaldfeierlichkeiten zu sammeln, um dadurch unseren Patriotismus zu betätigen.

Im vorigen Jahre wurden anläßlich der Slowackifeier von dem Verein der Volksschule in Lemberg Slowacki-Marken herausgegeben. In kurzer Zeit war die ganze Auflage der Marken vergriffen und brachte dem Verein einen Reinertrag von 2000 Dollar, der bestimmungsgemäß dem Fonds zum Bau eines Realgymnasiums mit dem Namen Julius Slowacki in Orlowa überwiesen wurde. Wenn wir nun berücksichtigen, daß der Kostenpunkt einer Marke 2 Heller betrug, und daß die ganze Auflage im Werte von einer halben Million Marken innerhalb einiger Monate bereits vergriffen war, so kommen wir zu der Überzeugung, daß eine erneute Herausgabe von Marken nicht nur gebilligt, sondern unterstützt werden muß. Der kleine Schmuck des Briefes oder einer andern Postsendung, der uns nur 2 Heller kostet, erfüllt die wichtige Aufgabe der Unterstützung unseres in Galizien befindlichen großen Aufklärungsinstituts. Der Hauptvorstand des Vereins der Volksschule beschloß, nachdem er sich von dem Vorteil der Herausgabe dieser Marken überzeugt hatte, in diesem Jahre besondere Grunwaldmarken mit den Bildnissen Witolds und Jagiellos herauszugeben. Von diesen Marken hat der Vorstand bereits eine Auflage von 2 Millionen Exemplaren herstellen lassen und hofft aus dem Vertrieb derselben einen Reinertrag von 8000 Dollar zu erzielen. Werden diese Marken, wie man bestimmt annimmt, innerhalb eines Jahres verkauft, dann wird der kleine, winzige Beitrag von 2 Hellern für den Schmuck eines Briefes oder dergl. zu einer Summe, die man für die Unterhaltung von 4 weiteren Volksschulen als vollkommen ausreichend bezeichnen muß. Die Grunwaldmarken sind beim Hauptvorstande des Vereins der Volksschule und bei allen mit dem Verein sympathisierenden Personen erhältlich.

---

Merzbach'sche Buchdruckerei, Posen.